

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

WOLFGANG LEONHARD

Die Verschwörung der Kremlärzte

Keine Phase der sowjetischen Entwicklung dürfte so unklar, rätselhaft und widerspruchsvoll sein wie die Ereignisse zwischen der offiziellen Mitteilung über eine angebliche „Verschwörung der Kremlärzte“ am 13. Januar 1953, dem offiziell angegebenen Datum des Todes von Stalin am 5. März und der Freilassung und Rehabilitierung der Kremlärzte am 4. April 1953. Seit dieser Zeit sind mehr als vier Jahre vergangen und manches, was damals unerklärlich schien, ist inzwischen verständlich geworden; vor allem jedoch dürfte inzwischen unbestritten sein, daß es sich bei diesen Ereignissen nicht nur um eine geheimnisvoll anmutende Episode im Frühjahr 1953 handelt, sondern

um ein Ereignis, das große und wichtige politische Widersprüche deutlich werden ließ, dessen Nachwirkungen bis heute noch zu spüren sind und dessen letzter Akt noch bevorstehen dürfte.

Die nachstalinistische Führung hat bis heute noch nicht diesen Fall restlos aufgeklärt und es kann daher wohl sein, daß in absehbarer Zukunft die „Verschwörung der Kremlärzte“ noch einmal aufgerollt wird — umso notwendiger erscheint es, die bisherigen Hinweise zusammenzufassen und jene Schlußfolgerungen zu ziehen, die heute vielleicht schon gezogen werden können.

Die Vorbereitung der „Ärzteverschwörung“

Die am 13. Januar 1953 veröffentlichte Mitteilung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, worin neun führende Ärzte der medizinischen Verwaltung des Kreml beschuldigt wurden, die ehemaligen Politbüromitglieder Shdanow und Schtscherbakow ermordet, sowie die Ermordung von fünf hohen sowjetischen Militärführern geplant zu haben, stellte den Höhepunkt einer seit langem vorbereiteten politischen Kampagne dar, die im Spätsommer 1952 von der Stalinführung begonnen worden war. Um diese Zeit dürfte die Stalinführung beschlossen haben, die für sie gefährlichen Kräfteverschiebungen innerhalb des Systems — vor allem das Vordringen der nach Ruhe und Sicherheit strebenden Wirtschaftskräfte — durch die erneute Hervorhebung des Parteiapparates in Schach zu halten. Diesem Ziel diene der vom 5.—14. Oktober tagende 19. Parteitag der KPdSU, der nach dreizehneinhalb Jahren Pause einberufen worden war, um die führende Rolle der Partei zu betonen, die ideologisch-politische Tätigkeit der Partei zu verstärken und gleichzeitig innerhalb der Partei jene Veränderungen durchzuführen, die, rückschauend betrachtet, deutlich der Vorbereitung für eine bereits damals geplante Wachsamkeitskampagne und Säuberung dienten.

Der 19. Parteitag beschloß anstelle der bis dahin im Statut festgelegten vier Pflichten jedes Parteimitgliedes zusätzlich neun weitere einzufügen; zu den neuen Pflichten gehörten, die Staatsdisziplin (nicht wie früher nur Parteidisziplin) zu festigen, die Kritik und Selbstkritik zu entwickeln, politische Wachsamkeit zu üben, sowie „daran zu denken, daß Wachsamkeit der Kommunisten auf jedem beliebigen Arbeitsgebiet und in jeder Situation notwendig ist“. Jedes Parteimitglied wurde in dem neuen Statut auch verpflichtet, „den leitenden Parteiorganen bis zum Zentralkomitee der Partei über Mängel in der Arbeit ohne Ansehen der Person Mitteilung zu machen“. Gleichzeitig wurden die Kompetenzen der Partei-Kontrollkommission verschärft. Die Kontroll-Kommissionen, die die Parteidisziplin zu überwachen und Parteimitglieder zur Verantwortung zu ziehen haben, falls sie sich, vom

Standpunkt der Parteiführung, eines Vergehens schuldig gemacht haben, erhielt im neuen Statut zusätzlich das Recht, „in den Republiken, Gauen und Gebieten seine von den örtlichen Parteiorganen unabhängigen Bevollmächtigten einzusetzen“. Durch diese Bestimmung wurde sowohl die Kontrolle der Parteiführung über die örtlichen Parteiorganisationen noch weiter verstärkt, als auch ein von diesen völlig unabhängiges Organ geschaffen offensichtlich mit dem Ziel, die Säuberung auch innerhalb der Partei vorzubereiten und später leichter durchführen zu können.

Schließlich wurden unmittelbar nach dem 19. Parteitag die höchsten Organe der Parteiführung vergrößert und verwässert. Das Politbüro, das bis zum 19. Parteitag aus neun Mitgliedern bestand, wurde in ein

INHALT DIESER BEILAGE:

Wolfgang Leonhard:

Die Verschwörung der Kremlärzte

Werner Markert:

Marxismus und russisches Erbe im Sowjetsystem
(S. 455)

„Parteipräsidium“ umbenannt und seine Mitgliederzahl auf fünfundzwanzig vergrößert. Unter den neuen Mitgliedern befanden sich meist jüngere Parteifunktionäre, die teilweise nur wenig bekannt waren. Die Zahl der Kandidaten des Parteipräsidiums wurde von vier auf elf erhöht, das Sekretariat des Zentralkomitees von fünf auf zehn Personen. Durch die Vergrößerung dieser höchsten Parteiorgane wurden

völlig unklare Herrschaftsverhältnisse geschaffen mit dem deutlichen Ziel, die bis zu diesem Zeitpunkt führende Elite der Partei einer Säuberung zu unterziehen. Stalin dürfte er vor allem darum gegangen sein, die älteren Politbüromitglieder, Molotow, Woroschilow, Mikojan, in der weiteren Entwicklung wahrscheinlich auch Kaganowitsch und Bulganin, vielleicht auch Chruschtschow auszuschalten und durch jüngere, weniger erfahrene Funktionäre zu ersetzen, die ihn in jeder Hinsicht unterstützen würden und zudem den Vorzug hatten, über die internen Fragen der Partei aus der Zeit der zwanziger oder dreißiger Jahre kaum etwas zu wissen.

Nach Abschluß des 19. Parteitages (Mitte Oktober 1952) bis zur offiziellen Bekanntgabe über die „Verschwörung der Kremlärzte“ (Mitte Januar 1953) stand die sowjetische Innenpolitik völlig im Zeichen der Verschärfung der Wachsamkeit und damit der Vorbereitung einer neuen großen Säuberung. Diese Vorbereitung verlief in drei Hauptlinien.

Der Hauptschlag richtete sich zunächst gegen die Wirtschaftsfunktionäre. Von Oktober bis Mitte Januar wurden sie in immer schärferer Form beschuldigt, beschönigende Berichte an höhere Instanzen abgegeben, die Interessen der eigenen Dienststelle über die Gesamtinteressen der Partei und des Staates gestellt und Bedingungen geschaffen zu haben, „in der eine Hand die andere wäscht und das Bestreben herrscht, bestehende Mängel im gegenseitigen Interesse zu vertuschen“. Dagegen wurde nun, ähnlich wie zu Beginn der großen Säuberung von 1936–38 eine scharfe Kampagne eingeleitet, denn tatsächlich lag für die Stalinführung eine große Gefahr darin, daß die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen im Wirtschaftsapparat dazu führen könnten, daß die entsprechende Institution oder Organisation sich der Kontrolle von oben entziehen und auf zunehmende Unabhängigkeit drängen könnte. Außerdem mußten diese „Familienzirkel“ von der Stalinführung zerschlagen werden, um das politische Klima zu verschärfen und eine Psychose der Wachsamkeit und des gegenseitigen Mißtrauens zu schaffen. Die Kampagne gegen Wirtschaftsfunktionäre bestand nicht nur aus Zeitungsartikeln und Parteikonferenzen. Anfang Dezember wurden bereits die ersten Todesurteile gegen Wirtschaftsfunktionäre in der Ukraine vollstreckt und der Angriff nun auch auf Parteiorganisationen ausgedehnt, die mit den Wirtschaftsfunktionären verbunden waren und sich nicht in der gewünschten Schnelligkeit dem von Stalin geforderten scharfen Kurs anpaßten.

Die zweite Methode zur Vorbereitung der Säuberung bestand darin, die Unsicherheit innerhalb der Spitzenführung noch zu vergrößern. Nachdem die Stalinführung durch die Vergrößerung der höchsten Parteiorgane Unklarheit und Verwirrung geschaffen hatte, wurde plötzlich am 30. Oktober 1952, zwei Wochen nach dem Parteitag, der mit den Shdanow-Kreisen eng verbundene Marschall Goworow durch eine aufsehenerregende Mitteilung nachträglich als Kandidat in das Zentralkomitee kooptiert (mit der eigentümlichen Begründung, durch einen Fehler der Mandatskommission sei sein Name vergessen worden). Am 7. November geschah das Außergewöhnliche, daß der gerade eben erst kooptierte Marschall Goworow die Ehre erhielt, während der großen Demonstration auf der Tribüne des Mausoleums direkt neben Stalin stehen zu dürfen. Am gleichen Tag wurde die Reihenfolge der Namensnennung der Führung geändert. Berija, bisher stets an vierter Stelle (nach Stalin, Malenkow und Molotow) genannt, fiel

auf den sechsten Platz zurück. Woroschilow und Bulganin rückten vor den Chef des Innenministeriums und der Staatspolizei. Kein einziges Mitglied des Parteipräsidiums — mit Ausnahme des Parteiideologen Suslow — hat in diesen drei entscheidenden Monaten auch nur einen einzigen Artikel in der Sowjetpresse veröffentlicht. Nach den Angaben Chruschtschows im Geheimreferat sollen sich Molotow und Woroschilow bereits damals in Hausarrest befunden haben und Mikojan soll von Stalin bestimmter Vergehen beschuldigt worden sein.

Die dritte Maßnahme zur Vorbereitung der großen Säuberung lag darin, eine Situation zu schaffen, die es der Stalinführung ermöglichte, durch die Schaffung eines Hauptangeklagten eine große Zahl von höchsten Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären zur Verantwortung ziehen zu können. Dies geschah durch die sogenannte „Fedossejew-Affäre“. Professor Fedossejew, lange Jahre Redaktionsmitglied der führenden parteioffiziellen Zeitschrift „Kommunist“ wurde am 24. Dezember in einem Artikel vom Parteiideologen Suslow beschuldigt, in den Jahren 1948–49 die Auffassung des damaligen Politbüro-Mitglieds Wossnessenskij propagiert zu haben. Wossnessenskij aber war 1948 bis 49 nicht nur Politbüro-Mitglied, sondern gleichzeitig Stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR und Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission und sein 1948 erschienenes Buch „Die Wirtschaft der Sowjetunion während des großen vaterländischen Krieges“ hatte den Stalinpreis erhalten. Es gab unter den führenden Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären kaum einen, der 1948–49, als Wossnessenskij in höchsten Ehren stand, nicht seine Ideen und Auffassungen propagiert hätte. Wossnessenskij war in März 1949 seiner Funktionen enthoben und bis zum 24. Dezember nie wieder erwähnt worden. Dieses Schweigen wurde nun gebrochen — durch den Parteiideologen Suslow, der früher im Privatsekretariat Stalins tätig war, seit 1946 die Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees leitete und auf dem 19. Parteitag zum Mitglied des ZK-Präsidiums ernannt worden war. Nachdem Suslow jetzt Wossnessenskij wieder genannt und diesen als Hauptfeind herausgestellt hatte, waren mit einem Schlag alle jene Wirtschafts-, Staats- und Parteifunktionäre angeklagt, die 1948 bis 49 direkt oder indirekt mit Wossnessenskij irgendetwas zu tun hatten. Durch die Herausstellung des Hauptfeindes Wossnessenskij waren somit eine ganze Schicht führender Wirtschaftler, Parteifunktionäre und Parteiideologen als präsumptive Volksfeinde dargestellt.

Die innenpolitische Vorbereitung der Säuberung wurde durch ähnliche Methoden in den Ostblockstaaten unterstützt. Es sei nur daran erinnert, daß in der kurzen Zeitspanne vom Oktober 1952 bis Januar 1953 in der Tschechoslowakei der Slansky-Prozeß stattfand, in der KP Frankreichs die Parteiführer André Marty und Charles Tillon gesäubert, in der KP Griechenlands das Politbüromitglied Joanidis ausgeschlossen, in der KP Finnlands der Chefredakteur Palmgreen seiner Funktion enthoben und in der Sowjetunion ein Prozeß à la Slansky vorbereitet wurde.

Alle diese Maßnahmen hatten die Situation in wenigen Monaten weitgehend verändert. Die Mitteilung über eine Verschwörung der Kremlärzte hätte ohne diese Vorbereitung keineswegs jene Wirkung haben können. Sie erfolgte zu einem Zeitpunkt, da durch eine organisierte Kampagne jene Verschärfung der Atmosphäre und Wachsamkeitspsychose geschaffen worden war, die diesem Ereignis die größte Wirkung geben mußte.

Die Bekanntgabe der „Ärzteverschwörung“

Am 13. Januar 1953 wurde unter der harmlos erscheinenden Überschrift „Chronik“ in der letzten Spalte auf der letzten Seite der Prawda eine Mitteilung veröffentlicht, wonach es den Organen des Staatssicherheitsdienstes gelungen sei, eine „terroristische Ärztegruppe zu entlarven“. Neun Professoren der medizinischen Verwaltung des Kreml wurden beschuldigt, „als geheime Feinde des Volkes ihre Patienten vorsätzlich einer schädlichen Behandlung“ unterworfen, absichtlich falsche Diagnosen gestellt und ihre Patienten durch falsche Behandlungsmethoden getötet zu haben. Sie hätten versucht, „die Gesundheit führender militärischer Persönlichkeiten der Sowjetunion zu unter-

graben, diese zu beseitigen und damit die Landesverteidigung zu schwächen“.

Den bedeutenden Experten der Sowjetmedizin wurde ferner vorgeworfen, bereits früher den Tod des ehemaligen Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee Generaloberst Schtscherbakow (gestorben am 11. Mai 1945) und den Tod des Sekretärs des Zentralkomitees der Bolschewistischen Partei, Shdanow (gestorben am 30. August 1948) auf dem Gewissen zu haben. Außerdem hätten sie versucht, die Sowjetmarschälle Wassiljewskij, Goworow, Konjew, den Armeegeneral Shtemenko und Admiral Lewtschenko zu beseitigen.

Von den neun angeklagten Kreml-Ärzten sollten laut der Mitteilung fünf Professoren (Wowski, B. B. Kogan, Feldman, Grinstein und Ettinger) mit der internationalen jüdischen Organisation „Joint“ und dem amerikanischen Geheimdienst in Verbindung gestanden haben. Drei Professoren (Winogradow, M. B. Kogan und Jegorow) wurden beschuldigt, langjährige Agenten des britischen Geheimdienstes gewesen zu sein, während Majorow als einzigem Angeklagten keine ausdrückliche Verbindung zum Ausland vorgeworfen wurde. In der Mitteilung wurden die Staatssicherheitsorgane gerügt, da sie die Schädlingsorganisation „nicht rechtzeitig aufgedeckt hätten“ sowie das Gesundheitsministerium der UdSSR, weil es „die terroristische Schädlingsarbeit der gemeinen Ausgeburten“ übersehen habe.

Die Mitteilung vom 13. Januar gibt uns einige Hinweise über den vermutlichen Zeitpunkt, wann von der Stalinführung der Plan für die Inszenierung dieser Verschwörung gefaßt worden ist. Die angeklagten Kremlärzte hatten jahrelang unbestritten das Vertrauen der Stalinführung genossen. Der Angeklagte Professor Wowski erhielt 1947 für „heroische Leistungen bei den Kämpfen um Leningrad“ den Leninorden. Professor Winogradow war sogar der Stalinführung in der Vergangenheit politisch behilflich gewesen. Beim Prozeß gegen den rechtstrotzkistischen Block im Frühjahr 1938 hatte er als gerichtsmedizinischer Experte fungiert – gegen die damals angeklagten Kremlärzte, Pletnjow, Kasakow und Lewin. Nun, fünfzehn Jahre später, befand sich Winogradow selbst auf der Anklagebank.

Noch am 27. Februar 1952 – und dies scheint für die Ermittlung des Zeitpunktes wichtig zu sein – war Winogradow mit dem Leninorden für „Verdienste auf dem Gebiete der Medizin“ ausgezeichnet worden. Es dürfte daher wahrscheinlich sein, daß die Stalinführung den Beschluß über eine neue große Säuberung nach dem 27. Februar 1952 und vor dem 19. Parteitag im Oktober 1952 gefaßt hatte. Das für den engeren Kreis der Sowjetführung in dieser Zeit wesentlichste Ereignis war die interne Diskussion über die Ausarbeitung eines neuen Lehrbuchs der politischen Ökonomie. An dieser Diskussion nahm Stalin einen aktiven Anteil und im Laufe dieser Diskussion verfaßte er seine letzte Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“. Der Hauptteil dieser Schrift war am 1. Februar 1952 beendet. Darauf folgten Stalins „Antwort an Notkin“ am 21. April, seine „Antwort an Jaroschenko“ am 22. Mai 1952 und schließlich seine „Antwort an Sanina und Wenscher“ am 28. September 1952. Stalins Schrift, zusammen mit den erwähnten Antworten, wurde am 3.–4. Oktober 1952, d. h. am Vorabend des 19. Parteitages veröffentlicht. Die hier genannten Daten geben uns gewisse Anhaltspunkte. Die Stalinführung hatte, wie aus Stalins Antworten eindeutig hervorgeht, maßgebliche Ideologen und Ökonomen der Partei beauftragt, im Rahmen der Vorbereitung für das zukünftige parteioffizielle Lehrbuch der politischen Ökonomie eigene Abhandlungen zu bestimmten Themen zu verfassen. Diese Vorarbeiten waren dann Stalin zugeleitet worden. Der Text dieser Arbeiten ist uns nicht bekannt, wohl aber einige Zitate daraus, die Stalin in seinen Antworten veröffentlichte. Aus diesen Zitaten ist jedoch sichtbar, daß die genannten Parteiideologen und Ökonomen Auffassungen vertreten hatten, die Stalin (von seinem Standpunkt übrigens mit Recht) als äußerst gefährlich ansehen mußte. Es sei hier nur erwähnt, daß Jaroschenko sich ganz offen für ein Primat der neuen Wirtschaftsschichten des Landes ausgesprochen und Sanina und Wenscher sogar die Auflösung der Maschinen-Traktorenstation – einer Lieblingsidee Stalins – sowie die Übergabe der landwirtschaftlichen Maschinen an die Kollektivwirtschaft vorgeschlagen hatten.

Die scharfen Antworten Stalins zeigen, wie entschlossen er diese ketzerischen Ansichten zurückwies. Die Gefährlichkeit der Situation mag ihm deutlich bewußt geworden sein. Wenn sich sogar Funktionäre seiner engeren Umgebung, geschulte Parteiideologen und Ökonomen mit so weitgehenden Reformgedanken trugen, wie ernst mußten dann die Strömungen in anderen Teilen der herrschenden Schicht sein! Laut Chruschtschows Geheimreferat hatte damals Stalin zu den Mitgliedern

des Politbüros geäußert: „Ihr seid blind wie junge Katzen. Was würdet Ihr wohl ohne mich machen? Das Land wird untergehen, weil Ihr Eure Feinde nicht erkennen könnt“. Stalin erkannte seine Feinde rechtzeitig und es ist durchaus denkbar, daß er sich nicht nur auf ideologische Antworten an Notkin, Jaroschenko, Sanina und Wenscher beschränkte, sondern gleichzeitig beschloß, sowohl diese Funktionäre als auch vor allem die hinter ihnen stehenden Kräfte, die nach Ruhe und Sicherheit strebenden Wirtschaftsführer durch eine Säuberung zu vernichten. Die Tatsache, daß der verschärfte Kurs gegen Wossnessenskij und seine Anhänger begann und die Kampagne sich in erster Linie gegen die Wirtschaftsfunktionäre und die mit ihnen verbundenen Teile des Partei- und Staatsapparates richtete, läßt die Schlußfolgerung zu, daß der letzte Anstoß für die Säuberung somit in der Zeit der ideologischen Diskussionen um das neue Lehrbuch, d. h. in der Zeit zwischen Februar und September 1952 gegeben wurde.

Die Säuberung der Wirtschaftsfunktionäre scheint mir noch bedeutender zu sein als die meist in den Vordergrund gestellten anti-semitischen Momente in der Ärzteverschwörung. Gewiß: von den neun Kremlärzten waren fünf (nach einigen Berichten vier, nach anderen sogar sechs oder sieben) jüdischer Abstammung. Die Anklage, sie hätten mit der jüdischen Organisation „Joint“ in Verbindung gestanden, und die anti-semitischen Momente in dem Slansky-Prozeß vom November 1952 waren so deutlich, daß eine anti-semitische Komponente zweifellos nicht geleugnet werden kann. Andererseits dürfte dies kaum als alleinige Erklärung ausreichen, denn unter den verhafteten Kremlärzten befanden sich keineswegs nur Juden, sondern auch Russen und Ukainer, und sowohl vor als auch nach der „Ärzteverschwörung“ richtete sich die Kampagne keineswegs nur gegen Juden, sondern gegen weitaus größere Teile der sowjetischen Bevölkerung.

Auch die weit verbreitete „Anti-Berija-These“, nach der die Verschwörung dazu dienen sollte, einen Schlag gegen Berija und seinen Apparat zu führen, dürfte kaum als alleinige Erklärung ausreichen. Gewiß war Berija, wie bereits erwähnt, am 7. November in der Reihenfolge der Führer degradiert und auch die Kritik am Staatssicherheitsdienst könnte wohl gegen ihn gemünzt sein. Auf der anderen Seite aber hatte es auch zu Beginn der großen Säuberung von 1936–38 eine ähnliche Kritik am Staatssicherheitsdienst gegeben – um ihn zu schnellerem und schärferem Vorgehen anzuspornen. Es ist durchaus möglich, daß auch diesmal eine ähnliche Regie geplant war und die Kritik am Staatssicherheitsdienst nicht eine Zurückdrängung bedeutete, sondern vielmehr als Ansporn zu schärferem Vorgehen gedacht war.

Eine weitere Erklärung könnte man als die „Armee-These“ bezeichnen. Sie geht davon aus, daß den Kremlärzten eigentümlicherweise vorgeworfen wurde, ausschließlich die Ermordung von Militärführern geplant zu haben. Da es während der Stalin-Ära kaum eine größere Ehre gegeben hat, als von sogenannten „Volksfeinden“ ermordet zu werden, würden diese gewissermaßen als besonders vertrauenswürdig hingestellt, was auf eine wachsende Machtstellung schließen läßt. Die Ärzte-Verschwörung, so wird gefolgert, sei entweder direkt von Militärführern oder aber auf Druck der Armeeführung inszeniert worden, um den eigenen Einfluß und die Rolle der Armee im Stalin-System zu verstärken. Es scheint tatsächlich sehr viel dafür zu sprechen, daß die Armeeführung von der zu erwartenden Vernichtungswelle verschont werden sollte – zumindest in der ersten Periode. Es ist jedoch sehr fraglich, ob im weiteren Verlauf der Säuberungskampagne die Armeeführung völlig verschont geblieben wäre, auf jeden Fall aber zweifelhaft, daß die Armeeführung tatsächlich ein neues 1937 erstrebt oder sogar forderte.

Obwohl es somit durchaus wahrscheinlich ist, daß innere Auseinandersetzungen in der Sowjetführung bei der „Verschwörung der Kremlärzte“ eine Rolle gespielt haben dürfen, scheinen die heute zur Verfügung stehenden Materialien noch nicht auszureichen, weder um die Rolle der inneren Machtkämpfe bei dieser Inszenierung, noch um die treibenden Kräfte genau feststellen zu können.

Die Krankheit Stalins

Neben den Hypothesen über den Ärzte-Komplot als Instrument einer anti-semitischen Kampagne oder als Ausdruck innerer Machtkämpfe, könnte die Verschwörung der „Mörderärzte“ im Kreml auch noch durch die Krankheit und die daraus entspringende Todesangst Stalins erklärt werden. Diese Hypothese ist keineswegs so unwahrscheinlich oder ungläublich, wie sie im ersten Augenblick klingen mag; in der Tat gibt es dafür zwei interessante Hinweise, daß dies zumindest eine gewisse Rolle gespielt haben dürfte. So wurde in einer ärztlichen Stellungnahme zu den offiziellen sowjetischen Erklärungen über die Erkrankung und den Tod Stalins in der deutschen Zeitschrift „Osteuropa“ darauf hingewiesen, daß Stalin an einer Blutdruckkrankheit gelitten habe und eine Art schwerer Arteriosklerose des Gehirns festgestellt worden sei. Offensichtlich müßten daher schon in den letzten Jahren seines Lebens Krankheitssymptome bestanden haben, wahrscheinlich in Form einer Angina pectoris, möglicherweise aber auch in Form leichter Schlaganfälle. Dies führe zu wiederholten Durchblutungsstörungen der Organe, besonders aber des Herzens und des Gehirns. „Bei Beachtung dieses Punktes bekommt die vor einigen Monaten berichtete Verhaftungswelle der neun Kremlärzte ein neues Gesicht. Man könnte sich denken, daß Stalin wegen eines leichten Angina-pectoris-Anfalles von den Kremlärzten behandelt wurde und daß trotz der Behandlung ein schwerer Angina-pectoris-Anfall oder ein leichter Schlaganfall nachfolgte — ein dem Arzt aber nicht dem Laien verständliches Geschehen“¹⁾.

Da das allgemeine tiefe Mißtrauen Stalins gegenüber seiner Umgebung, vor allem in den letzten Jahren seines Lebens, bekannt ist — und durch Chruschtschows Referat vom 25. Februar 1956 noch bestätigt wurde — wäre es nicht unmöglich, daß Stalin tatsächlich um sein Leben bangte und an die Gefahr glaubte, von den Kremlärzten, wenn auch nicht ermordet, so doch „vorsätzlich einer schädlichen Behandlung“ unterworfen zu sein und annahm, daß diese „falsche Diagnosen stellten, die nicht dem wahren Charakter der Krankheit entsprachen“. Das aber wurde ja gerade den Kremlärzten (wenn wir von der angeblichen Ermordung der Militärführer und den haarsträubenden politischen Beschuldigungen absehen) am 13. Januar 1953 vorgeworfen! Die Angst vor seinem Tod und die aus Unkenntnis über die medizinischen Vorgänge geborene Furcht, er würde vorsätzlich nicht richtig behandelt (von dieser Annahme bis zur Sabotage und Ermordung dürfte für Stalin

nur ein kleiner Schritt gewesen sein) scheint übrigens auch aus einer sowjetischen Quelle — natürlich nur in indirekter Form — hervorzugehen.

Nur zwei Wochen nach der Veröffentlichung über die Verschwörung der Kremlärzte erschien im offiziellen Organ des sowjetischen Gesundheitsministeriums ein scharfer Angriff gegen den Leiter des Pharmakologischen Komitees, Professor Schereschewski, den stellvertretenden Minister für Gesundheit, Kotschergin und den Vorsitzenden des medizinischen Gelehrtenrates des Gesundheitsministeriums der UdSSR, Professor Wyhodtschikow, weil diese „die Lösung des überaus wichtigen Problems, die menschliche Gesundheit zu stärken und das Leben zu verlängern, in unzulässiger Weise verzögern“. Es könnte durchaus möglich sein, daß dieser Angriff im Zusammenhang mit Stalins Erkrankung gestanden hat und das Gesundheitsministerium angegriffen wurde, weil es nicht schnell genug neue Medikamente herstellte, die Stalins Leben verlängern sollten.

Wenn auch die Todesangst Stalins allein kaum als Erklärung für die Inszenierung der Verschwörung ausreicht, so könnte dies wohl ein Faktor, neben anderen, vorwiegend politischen Gründen, dafür gewesen sein, daß sich der Schlag zunächst, fast voreilig gegen die Kremlärzte richtete.

Die entscheidende Ursache für dieses immer noch nicht geklärte Ereignis dürfte jedoch darin gelegen haben, durch die Aufdeckung einer angeblichen „Verschwörung“ die allgemeine Wachsamkeitskampagne und Säuberungswelle schlagartig zu verschärfen, und zwar in einer solchen Art, daß weder ihre Richtung noch die davon betroffenen Kreise der Sowjetbevölkerung sofort sichtbar würden. Die Formulierungen, die unmittelbar nach der Veröffentlichung in der Prawda erschienen „Um also die Schädlingsarbeit zu beseitigen, muß mit der Vertrauensseligkeit in unseren Reihen Schluß gemacht werden“, wurden in den Mittelpunkt der gesamten Kampagne gestellt. Nachdem die Prawda Vertrauensseligkeit als Vorbedingung und Voraussetzung der Schädlingsarbeit bezeichnet hatte, konnten nun auch alle diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die sich der Säuberung widersetzen oder diese abzuschwächen, zu verzögern und ihr Ausmaß zu verringern suchten. Der Stoß richtete sich damit auch gegen Kräfte, die wahrscheinlich in der höchsten Spitzenführung vorhanden waren — und es war eine Warnung, die kaum hätte überhört werden können.

Das Ziel der letzten Stalin-Säuberung

Vom Tage der Mitteilung über die „Verschwörung der Kremlärzte“ begann in der gesamten Sowjetunion eine ungeheure Hetze gegen einen immer weitergehenden Personenkreis in hunderten von Zeitungen, Dutzenden von Zeitschriften und Rundfunksendungen, auf Kundgebungen und Konferenzen in den Organisationen der Partei, der Gewerkschaft, der Jugend, auf Konferenzen der Wissenschaftler, Wirtschaftler und Ärzte. Recht schnell verschob sich das Schwergewicht dieser Kampagne von direkten Feinden auf alle diejenigen, die „mangelnder Wachsamkeit“ und „Schlafmützigkeit“ beschuldigt wurden.

Am 20. Januar, eine Woche nach der „Entlarvung“ der Kremlärzte wurde die Ärztin Lidija Fedrossejew Timaschuk „für die Hilfe, die sie der Regierung bei der Entlarvung der Mörderärzte erwies“ vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR mit dem Leninorden ausgezeichnet. Damit war erstmalig das Denunziantentum offiziell als besonders positiv und nachahmenswert herausgestellt worden — eine Tendenz, die im weiteren Verlauf der Säuberung im Februar noch eine große Rolle spielen sollte. Der Name Lidija Timaschuk tauchte damals zum ersten Male auf. In seinem Geheimreferat vom 25. Februar 1956 bezeichnete Chruschtschow Lidija Timaschuk als Angehörige des Sicherheitsdienstes; es ist daher anzunehmen, daß sie eine Helfershelferin jener Kreise der Stalinführung gewesen ist, die an einer Beschleunigung und Verschärfung der Säuberungskampagne interessiert waren.

Die allgemeine Verschärfung der Wachsamkeitskampagne sei an zwei weiteren Beispielen illustriert. So wurde z. B. in der Prawda am 24.

Januar eine Reihe von Justizfunktionären Sibiriens angegriffen, weil sie angeblich nicht scharf genug vorgegangen seien. Die Prawda schloß ihren Bericht mit den Worten: „Diese Maulaffen müssen eine scharfe, gerechte Strafe erhalten“, — wobei nicht etwa die Angeklagten sondern die zu „weichen“ Justizbeamten gemeint waren. In einem Kommentar anlässlich des am 12. Februars erfolgten Abbruchs des Beziehungen zwischen der UdSSR und Israel hieß es wörtlich: „Die Meute der tollwütigen Hunde in Tel-Aviv ist abstoßend in ihrer niederträchtigen Blutgier“. Auch die am gleichen Tag erhobene Forderung, die sowjetische Bevölkerung müsse „die gefährliche Krankheit der Sorglosigkeit mit glühendem Eisen ausbrennen“ zeigte, wie scharf die Formulierungen der Kampagne bereits wenige Wochen nach der angeblichen Entlarvung der Kremlärzte geworden waren.

Immer deutlicher wurde das grauenvolle Jahr 1937, der Höhepunkt der großen Säuberung, heraufbeschworen. Bis ins kleinste wurden sogar in Äußerlichkeiten die damaligen Methoden der Schreckensjahre nachgeahmt. Genau wie damals wurde diese Kampagne ideologisch und politisch durch die Stalin-These begründet, gerade mit der weiteren Entwicklung zum Sozialismus würden die Feinde noch gefährlicher und der Kampf sei daher nicht zu verringern, sondern im Gegenteil, zu verschärfen. Seit dem 6. Februar wurden in der Sowjetpresse auch häufig wieder Stalins Aussprüche über die Wachsamkeit vom Jahre 1937 zitiert.

Die zunehmende Säuberungskampagne ging nicht nur aus der Verschärfung der Formulierungen, dem Heraufbeschwören einer Parallele

1) Felix Heni, „Ärztliche Stellungnahme zur Krankheit und zum Tode Stalins“, „Osteuropa“, Nr. 2/1953, S. 37—38.

zum Jahre 1937 und der Verherrlichung des Denunziantentums hervor, sondern vor allem aus der ständigen Erweiterung des angegriffenen Personenkreises. Dies wurde durch eine Methode bewerkstelligt, die ebenfalls schon in den Jahren der großen Säuberung 1936/38 angewandt worden war: in den fast täglich erscheinenden Artikeln über mangelnde Wachsamkeit wurden jeweils immer Beispiele unter Namensnennung der Person, des Ortes, der Organisation oder Institution gegeben. Nach einem ungeschriebenen, der sowjetischen Bevölkerung längst bekannten Gesetz war damit immer ein typisches Beispiel für die entsprechende gesamte Bevölkerungsgruppe gegeben.

Eine genaue Übersicht aller angegriffenen Personengruppen und der in diesem Zusammenhang in der Presse gebrachten Anschuldigungen läßt die Schlußfolgerung zu, daß sich bis Mitte Februar 1953 die Säuberung in der UdSSR auf folgende Bevölkerungskreise ausgedehnt hatte:

1. Angehörige der sowjetischen Intelligenz, darunter Wirtschaftswissenschaftler, Juristen, Partei-Ideologen, Hochschulprofessoren, Historiker, Naturwissenschaftler, Ärzte, Mitarbeiter der Presse und des Rundfunks, Angestellte von Museen und Bibliotheken als die Hauptbetroffenen. Die wichtigsten Anklagepunkte waren Subjektivismus, Objektivismus, Kosmopolitismus, politische Unzuverlässigkeit, mangelnde Wachsamkeit, Schlafmützigkeit, Katzbuckelei vor dem Ausland und Einschmuggeln feindlicher Ideen.
2. Personen jüdischer Abstammung — fast immer des „heimatlosen Kosmopolitismus“ und häufig der Spionage für das Ausland beschuldigt.
3. Mittlere und höhere Staatsfunktionäre. Hauptbeschuldigung: Verlust von Geheimdokumenten, Ausplaudern von Staatsgeheimnissen, mangelnde Wachsamkeit.
4. Wirtschaftsfunktionäre — meist angeklagt, die vorhandene Produktionskapazität nicht genügend auszunützen, Volkseigentum zu schädigen und sich persönlich zu bereichern.
5. Funktionäre der nicht-russischen Unionsrepubliken — die Stichworte der Säuberung waren „bürgerlicher Nationalismus“, Kosmopolitismus“ und „Spionage für das Ausland“. Die Unionsrepubliken

Ukraine, Turkmenistan und Bjelorußland, schienen zunächst besonders gefährdet zu sein.

6. Parteifunktionäre — die häufigsten Beschuldigung waren liberale Einstellung gegenüber falschen Auffassungen, mangelnde Wachsamkeit, Vernachlässigung der ideologischen Arbeit, zu pflaumenweiche Kritik und Schönfärberei der Berichterstattung.
7. Funktionäre des sowjetischen Jugendverbandes — Hauptbeschuldigungen: erschütternde Leichtfertigkeit und mangelnde Wachsamkeit.
8. Sowjetbürger, die im Verlauf der Kriegereignisse im Ausland waren — sie wurden beschuldigt, während des Krieges zunächst für die Gestapo und nach Ende des Krieges für den amerikanischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein.
9. Ehemalige Trotzlisten und Menschewiki — mit der Beschuldigung, daß ihre Erklärungen über die Parteitreu in den zwanziger Jahren verlogen und sie bereits seit Jahrzehnten Agenten ausländischer Geheimdienste gewesen seien.

Diese, zweifellos noch nicht vollständige Aufzählung zeigt, daß die letzte stalinistische Säuberung keineswegs nur eine antisemitische Kampagne war, sondern sich weit darüber hinaus gegen entscheidende Teile der Sowjetbevölkerung richtete, vor allem, ähnlich wie 1936–38, gegen die führende Schicht des Landes. Nur die Armee-Führung blieb von Angriffen verschont, aber es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß sie im weiteren Verlauf der Säuberungskampagne, die Mitte Februar noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht hatte, auch noch mit einbezogen worden wäre.

Die Säuberung und die Verherrlichung des Denunziantentums wurde schließlich am 20. Februar 1953 erneut verschärft durch einen beweihräuchernden Prawda-Artikel über die bereits erwähnte Ärztin Lidija Timaschuk, die einen Monat zuvor mit dem Leninorden „für die Hilfe bei der Entlarvung der Mörderärzte“ ausgezeichnet worden war. Lidija Timaschuk wurde jetzt als „Symbol des sowjetischen Patriotismus, der großen Wachsamkeit, des unversöhnlichen mutigen Kampfes gegen die Feinde unseres Vaterlandes“ bezeichnet, die „für Millionen Sowjetbürger zu einem nahen und treuen Menschen“ geworden sei.

Die Wendung am 22. Februar 1953

Gerade zu jener Zeit, da die Säuberung ihrem Höhepunkt entgegeneilte und nur wenige Wochen vor seinem Tod empfing Stalin zwei ausländische Besucher; sie sollten die letzten sein, die den „Woshdj“ noch vor seinem Tode sahen. Es waren die Botschafter Argentinien, Dr. Leopold Bravo (am 7. Februar) und der Botschafter Indiens, Krishna Menon (am 17. Februar). Beide Botschafter erklärten später übereinstimmend, keinerlei Anzeichen einer drohenden Erkrankung an Stalin bemerkt zu haben. Stalin sei in guter Stimmung gewesen und habe verschiedene Male gelacht und gescherzt. Menon berichtete aber auch von einer eigentümlichen Beobachtung. Während des Gesprächs zeichnete Stalin ununterbrochen auf ein Blatt Papier. Dies war eine alte Gewohnheit Stalins. Er fiel Krishna Menon jedoch auf, daß Stalin diesmal mit einem roten Buntstift ständig dasselbe zeichnete: Wölfe. Einen nach dem andern. Dann begann Stalin auch über Wölfe zu sprechen. Russische Bauern, so sagte er, wissen wie man mit Wölfen umzugehen hat. Man hat sie zu vernichten. Aber die Wölfe, sagte Stalin weiter, wissen dies und benehmen sich dementsprechend — eine Bemerkung, die im Gegensatz zu der scheinbar guten Laune Stalins zu stehen schien²⁾.

Nur fünf Tage nach dieser Unterredung trat ein überraschendes Ereignis ein: die Säuberungskampagne wurde plötzlich und unvermittelt am 22. Februar 1953 eingestellt, d. h. 13 Tage vor Stalins Tod. Noch am 20. Februar hatte die Prawda, die mit dem Leninorden ausgezeichnete NKWD-Agentin Lidija Timaschuk verherrlicht und in einem Leitartikel verlangt, die sowjetische Presse müsse „die Erziehung der Sowjetmenschen im Geiste einer hohen politischen Wachsamkeit verstärken“. Noch am 21. Februar richtete die Prawda scharfe Angriffe

gegen das Gebietskomitee der Partei von Orel. Die Ausgabe vom 22. Februar und alle darauf folgenden deuteten jedoch mit keinem Wort mehr auf eine Säuberung hin. Die Aufrufe zur erhöhten politischen Wachsamkeit und der Kampf gegen „Sorglosigkeit“ und „Schlafmützigkeit“ waren aus der Sowjetpresse verschwunden. Nur noch ein einziges Mal, am 26. Februar, wurde die inzwischen eingetretene farblose Ruhe unterbrochen, als das Zentralkomitee der KP Turkmeniens, offensichtlich in Unkenntnis der eingetretenen Veränderungen und völlig überflüßigerweise, in einer selbstkritischen Stellungnahme die Anschuldigungen der Prawda vom 26. Januar, für „völlig berechtigt“ erklärte und die Absetzung einer Reihe von Parteisekretären bekanntgab. Abgesehen von dieser einzigen Ausnahme deutet nichts mehr auf jene grauenvolle Psychose hin, die noch wenige Tage zuvor das Land in Atem hielt.

Die plötzliche Abstopfung der Säuberung am 22. Februar gehört zu den vielen rätselhaften Ereignissen, die sich in den letzten Wochen vor und in den ersten Wochen nach Stalins Tod in der Sowjetunion abspielten. Die einzige Erklärung dafür könnte darin liegen, daß Stalin nicht, wie offiziell erklärt, am 2. März einen Schlaganfall erlitt, sondern bereits am 22. Februar, d. h. acht Tage vorher so erkrankt war, daß er die Säuberungskampagne nicht mehr weiterführen konnte. Es ist anzunehmen, daß bis zu diesem Tage die Inszenierung, Organisation und planmäßige Verschärfung der Säuberung von Stalin selbst ausgegangen war und alle Fäden in seiner Hand zusammenliefen; die plötzliche Wendung vom 22. Februar dürfte somit darauf hindeuten, daß die übrigen Mitglieder der damaligen Spitzenführung — zumindest aber die Mehrzahl von ihnen — die Erkrankung des Diktators sofort dazu ausgenutzt haben, die von ihm befürwortete und durchgeführte Säube-

2) Harrison Salisbury „Stalin's Russia and After“, S. 158.

rungskampagne abzustoppen und damit, in der zu jener Zeit wichtigsten innenpolitischen Frage genau das Gegenteil von dem zu tun, was Stalin angeordnet hatte. Es kann ferner kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß zu jener Zeit die absolute Mehrzahl der sowjetischen Spitzenführung von der Säuberung selbst bedroht war und daher das Ableben Stalins insgeheim mit Erleichterung begrüßt haben dürfte.

Die Befreiung der Kreml-Ärzte

Am 4. April 1953, kaum vier Wochen nach dem Tag, an dem der offiziellen Version zufolge Stalin gestorben sein soll, wurde die Haftentlassung und Rehabilitierung der Kreml-Ärzte bekanntgegeben. In einer Mitteilung des Innenministeriums wurde erklärt, die am 9. Januar 1953 erfolgte Verhaftung der Kreml-Ärzte sei „zu Unrecht und ohne jede gesetzliche Grundlage“ erfolgt. Die Anschuldigung gegen die Kreml-Ärzte sei „von den Mitarbeitern der Untersuchungsinstanzen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit durch Anwendung unzulässiger und von sowjetischen Gesetzen aufs strengste verbotener Methoden der Untersuchung erlangt worden“. Die im Januar verhafteten Kreml-Ärzte seien freigelassen worden. Anschließend wurden die Namen von 13 rehabilitierten Kreml-Ärzten bekanntgegeben. Dabei wurden jedoch sechs Kreml-Ärzte — die Professoren Wassilenko, Selenin, Preobraschenskij, Popowa, Sakusow und Scheroschewskij — genannt, die bei der ersten Liste vom 13. Januar garnicht als verhaftet angegeben worden waren! Die nachstalinische Führung befreite somit mehr Ärzte als die Stalinführung offiziell hatte verhaften lassen. Dieser in der Rechtsgeschichte wahrscheinlich einzig darstehende Fall dürfte damit zu erklären sein, daß die Verhaftungsliste vom 13. Januar unvollständig war und offensichtlich nur diejenigen Personen erfaßte, die bereits erzwungene „Geständnisse“ für den damals vorbereiteten Prozeß abgelegt hatten. Unter den Befreiten befand sich auch Schereschewskij, der Leiter des Pharmakologischen Komitees, der am 22. Januar beschuldigt worden war, nicht genügend für die Verlängerung des Lebens getan zu haben.

Auf der anderen Seite aber geht aus der Rehabilitierungsliste vom 4. April hervor, daß zwei der im Januar verhafteten Kreml-Ärzte — die Professoren J. G. Ettinger und M. B. Kogan — sich nicht unter den Entlassenen und Rehabilitierten befanden. Die Frage bleibt offen, ob diese Ärzte in der Zwischenzeit unter den Foltern gestorben oder aber im April 1953 deshalb nicht rehabilitiert wurden, weil sie im Januar 1953, d. h. vor Stalins Tod, den damaligen Organen des Staatssicherheitsdienstes bei der Vorbereitung des Prozesses geholfen und damit nun von der nachstalinischen Führung als Mitschuldige angesehen wurden.

Als Kuriosum sei noch mitgeteilt, daß die Ärztin Lidija Timaschuk, im Februar noch als Retterin des Vaterlandes gefeiert, nun ihren Leninorden zurückgeben mußte. Am Tage der Rehabilitierung der Kreml-Ärzte veröffentlichten alle Sowjetzeitungen einen Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets, wonach die Verleihung des Leninordens an L. F. Timaschuk „in Anbetracht des jetzt ermittelten Sachverhaltes“ rückgängig gemacht worden sei.

Am 6. April veröffentlichte die Prawda unter dem Titel „Die sowjetische sozialistische Gesetzlichkeit ist unverletzbar“, eine offizielle Erklärung zum Fall der Kreml-Ärzte: „Wie konnte es geschehen, daß im Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR, das die Aufgabe hat, über die Interessen des Staates zu wachen, ein provokatorischer Fall inszeniert wurde, zu dessen Opfern ehrliche Sowjetbürger, hervorragende Vertreter der sowjetischen Wissenschaft gehörten?“

Laut Prawda sei dies geschehen, weil die verantwortlichen Funktionäre des früheren Ministeriums für Staatssicherheit „nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben standen“, weil sie „sich vom Volk und von der Partei lösten und vergaßen, daß sie Diener des Volkes und verpflichtet sind, über die sowjetische Gesetzlichkeit zu wachen“. Das war die einzige offizielle politische Erklärung. Die Anschuldigung, die Staatssicherheitsfunktionäre hätten sich von der Partei gelöst, war dabei ein Hinweis, daß die Beziehungen zwischen Partei und Staatssicherheitsdienst schon gleich nach Stalins Tod einer Prüfung unterzogen worden waren, und offensichtlich auf neuer Basis geregelt werden sollten.

Die heutigen Unterlagen reichen jedoch nicht dazu aus, festzustellen, an welchem Tag und zu welcher Stunde Stalin der lähmende Schlaganfall traf und sein Tod erfolgte, und ob dies ein Resultat der grauenvollen nervlichen Anspannung gewesen ist, oder andere Kräfte dabei noch eine Rolle spielten, die das Land vor der Katastrophe einer neuen drohenden großen Säuberung zu retten gewillt waren.

Die Hauptschuld für die unrechtmäßige Verhaftung der Kreml-Ärzte wurde auf den damaligen stellvertretenden Minister für Staatssicherheit (MGB) und Leiter der Untersuchungsabteilung, Michael Rjumin, gelegt. Über Rjumins frühere Karriere ist nur wenig bekannt. Nach Wollenberg soll Rjumin bereits bei der Organisierung der großen Prozesse von 1936-38 hinter den Kulissen eine maßgebende Rolle gespielt haben³⁾. Weder in Orlovs Buch „Kreml-Geheimnisse“ noch in Kriwitzkys „Ich war in Stalins Dienst“ ist jedoch Rjumin erwähnt worden. Nach einer anderen Quelle war Rjumin lange Jahre Leiter der Sicherheitsabteilung in Stalins Privatkanzlei unter Poskrebyshew und ist erst 1952 — offensichtlich zur Vorbereitung der beabsichtigten Prozesse — zum stellvertretenden Minister für Staatssicherheit der UdSSR ernannt worden.

Neben Rjumin — wenn auch nicht in so scharfen Worten — wurde auch der damalige Staatssicherheitsminister Semon Denissowitsch Ignatjew angegriffen. Ignatjew war während des Krieges 1. Sekretär des Gebietskomitees der Partei in Baschkirien, wurde im Herbst 1946 stellvertretender Leiter einer Abteilung im Zentralkomitee und 1949 als Vertreter des Zentralkomitees nach Usbekistan entsandt. Er dürfte ebenfalls erst im Jahre 1952 (als Nachfolger Abakumows) zum Minister für Staatssicherheit eingesetzt worden sein. Nunmehr wurde er „politischer Blindheit“ beschuldigt, sowie „sich am Gängelband verbrecherischer Abenteurer“ befunden zu haben.

Aber der bedeutsame Prawda-Artikel vom 6. April richtete sich — und dies dürfte von besonderem Interesse sein — keineswegs nur gegen Rjumin und Ignatjew. Mehrere Male wurde ganz allgemein von „verbrecherischen Abenteurern“ im Staatssicherheitsdienst gesprochen und darauf hingewiesen, daß Abteilungen und Institutionen des Staatssicherheitsdienstes sowjetische Gesetze mißachtet und sich gegen die Gesetzlichkeit vergangen haben.

So wenig die Verhaftung der Kreml-Ärzte in erster Linie ein Schlag gegen diese selbst war, sondern nur als Vorbereitung, als Mittel dazu diente, um viel einflußreichere und maßgebendere Kräfte der sowjetischen herrschenden Schicht zu säubern, so wenig war nun auch die Befreiung und Rehabilitierung der Kreml-Ärzte nur ein Vorgang, der sie selbst betraf. Es handelte sich vielmehr darum, durch diese Haftentlassung den maßgebenden sowjetischen Funktionären die Versicherung zu geben, daß sie sich nicht mehr in Gefahr befinden. In diesem Sinne handelte die oberste Spitzenführung der UdSSR klar und entschlossen — sowohl aus Gründen der eigenen Sicherheit, als auch als Interessenvertreterin der nach Ruhe und Sicherheit strebenden Kräfte der Wirtschafts- und Armeeführung und eines maßgebenden Teils des Staats- und Parteiapparates.

Die Gründe für die Befreiung der Kreml-Ärzte können somit in folgenden Punkten zusammengefaßt werden: 1. eine deutliche klare Beendigung der Säuberung zu vollziehen, die im Herbst 1952 begonnen und seit Januar 1953 besonders scharfe Formen angenommen hatte, 2. die überhitzte Atmosphäre der Wachsamkeitskampagne zu beenden und den maßgebenden Kräften des Wirtschafts- und Parteiapparates zu verstehen zu geben, daß sie in Ruhe arbeiten können, 3. den Staatssicherheitsdienst zu diskreditieren und damit seine Macht einzuschränken, als ersten Schritt, um in Zukunft diesen Apparat der Staats- und Parteiführung zu unterordnen.

3) Erich Wollenberg, „Der aktuelle Kommentar“, Frankfurt/M., April 1953.

Das weitere Schicksal der an der „Ärzteverschwörung“ Beteiligten

Seit diesen Ereignissen sind mehr als viereinhalb Jahre vergangen. In dieser Zeit ist seitens der nachstalinischen Führung eigentümlicherweise über die angebliche „Verschwörung der Kreml-Ärzte“ nicht jene Klarheit geschaffen worden, die man eigentlich hätte erwarten können. Logischerweise müßte es im Interesse der nachstalinischen Führung gelegen haben, den ganzen Fall vor die Öffentlichkeit zu bringen, einen öffentlichen Prozeß gegen Rjumin, Ignatjew, Lidija Timaschuk und alle anderen Verantwortlichen zu führen, die Kreml-Ärzte als Zeugen hinzuziehen, und die Schuldigen öffentlich zu verurteilen. Die nachstalinische Führung hätte sich dabei in der seltenen Lage befunden — im Unterschied zu den früheren von Stalin inszenierten Prozessen — wirkliche Schuldige mit wirklichem Beweismaterial an der Hand zu haben und nicht, wie es bei den früheren Prozessen üblich war, sich Dinge ausdenken zu müssen. Ein solcher Prozeß hätte sich darüberhinaus auch propagandistisch gut verwerten lassen; die nachstalinische Führung hätte z. B. durchblicken lassen können, daß sie das gesamte Land vor einer grauenvollen Säuberung gerettet habe.

Eigentümlicherweise gab es jedoch keinen solchen Prozeß. Statt dessen geschah etwas völlig anderes. Der damalige Staatssicherheitsminister S. D. Ignatjew, dem „politische Blindheit“ vorgeworfen worden war und der sich, laut Prawda vom 6. April 1953 „am Gängelband verbrecherischer Abenteurer“ befunden hatte, wurde im Februar 1954 zum 1. Sekretär der Partei in Baschkirien ernannt und zog im März 1954 als Abgeordneter Baschkiriens in den Obersten Sowjet der UdSSR ein. Am 20. Parteitag im Februar 1956 nahm er als Delegierter teil. Auf dem Parteitag hielt er sogar eine Rede, in der er mit keinem Wort weder die damaligen Ereignisse erwähnte, noch auch nur die geringste Selbstkritik übte und statt dessen über die Ölproduktion in Baschkirien berichtete und vom Straßenbaumministerium der UdSSR forderte, eine neue Straße zu errichten. Er wurde in das Zentralkomitee der Partei gewählt und auch von Chruschtschow in seinem Geheimreferat positiv erwähnt — offensichtlich weil Ignatjew sich unmittelbar nach der Rehabilitierung der Kreml-Ärzte der neuen Führung zur Verfügung stellte, um dieser bei der Aufdeckung der Untaten des Staatssicherheitsdienstes und der Schwächung dieser Institution behilflich zu sein.

Gegen Michael Rjumin, dem Untergebenen Ignatjews, der nach der Befreiung der Kreml-Ärzte am schärfsten angegriffen worden war, wurde tatsächlich ein Prozeß durchgeführt — aber erst mehr als ein Jahr später! Nach einer Mitteilung vom 23. Juli 1954 soll zwischen 2. und 7. Juli ein Prozeß gegen Rjumin stattgefunden haben. Er wurde zum Tode verurteilt und erschossen; aber — und dies ist vielleicht das merkwürdigste — die Verhaftung der Kreml-Ärzte wurde dabei nur am Rande erwähnt. Rjumin wurde in diesem Prozeß vorgeworfen, „als

verborgener Feind des Sowjetstaates“ gewirkt und „aus karrieristischen und abenteuerlichen Gründen Untersuchungsmaterial gefälscht und provokatorische Fälle (interessanterweise wird der Plural gebracht W. L.) inszeniert“ sowie „Sowjetbürger, einschließlich hervorragender medizinischer Gelehrter ungerechtfertigterweise verhaftet“ zu haben. Die Verurteilung Rjumins erfolgte auf Grund § 58 Punkt 7 des Strafgesetzbuches der RSFSR, der allgemein als Wirtschaftsparagraph bekannt ist. Nach diesem Artikel werden in erster Linie Wirtschaftsvergehen geahndet, darunter Versuche, das ökonomische Leben des Landes zu unterminieren und die normale Tätigkeit der Staatsindustrie und des Handels zu schädigen.

Daraus ist ersichtlich, daß Rjumin nicht in erster Linie wegen der Ärzteverschwörung — die nur mit drei Worten erwähnt wurde — sondern offensichtlich wegen anderer Vergehen verurteilt worden ist. Die Verurteilung nach dem Wirtschaftsparagraphen und die Benutzung des Plurals in der Anschuldigung weist auf die bereits zu Beginn dieses Artikels geäußerte Vermutung hin, daß schon im Jahre 1953 die Stalinführung viel weitergehende Prozesse vorbereitete, die offensichtlich in erster Linie gegen führende Wirtschaftsfunktionäre des Landes gerichtet waren. Die Tatsache, daß bei der Verurteilung und Erschießung Rjumins die Ärzteverschwörung keineswegs im Mittelpunkt stand, sondern nur beiläufig erwähnt wurde, läßt zudem den Schluß zu, daß die nachstalinische Führung offensichtlich kein Interesse hatte — und es auch heute noch nicht hat — diesen Fall wirklich aufzuklären.

Zur gleichen Zeit, da der Prozeß gegen Rjumin stattfand, geschah etwas noch eigenartigeres. Lidija Timaschuk, jene Ärztin, die für ihre Hilfe bei der Inszenierung der Verschwörung der Kreml-Ärzte Ende Januar mit dem Leninorden ausgezeichnet, im Februar als „Retterin des Vaterlandes“ gepriesen und im April ihres Leninordens wieder verlustig ging, wurde am 8. Juli 1954 wieder mit einem Orden ausgezeichnet — diesmal mit dem Orden des Roten Arbeiterbanners. In der Auszeichnung wurde sie als Mitarbeiterin des Hospitals Nr. 1 der IV. Abteilung des Gesundheitsministeriums bezeichnet.

Auf diese Weise ergibt sich das eigentümliche Bild, daß von den drei entscheidenden Personen, die von der Sowjetpresse im Zusammenhang mit der Kreml-Ärzteverschwörung als Schuldige genannt worden waren, einer, S. D. Ignatjew, heute als Abgeordneter des Obersten Sowjets der UdSSR und als Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei fungiert, während der zweite, Rjumin, tatsächlich erschossen wurde, aber unter anderen Anschuldigungen und schließlich Lidija Timaschuk zwar ihren Orden abgeben mußte, aber dafür einen anderen erhielt.

Chruschtschows Version des Ärzte-Komplots

Man hätte nun annehmen können, daß die Sowjetführung zwar nicht bereit war, den Fall in aller Öffentlichkeit aufzurollen, aber wenigstens in einem internen Referat vor höchsten Parteifunktionären den wirklichen Sachverhalt aufklären würde, aber auch dies geschah nicht. Am Morgen des 25. Februar 1956 hielt Chruschtschow vor den Parteitagsdelegierten sein Referat „Der Personenkult und seine Folgen“, in der nicht-sowjetischen Welt als „Geheimreferat Chruschtschows“ bekannt. In seiner Rede widmete Chruschtschow der Verschwörung der Kreml-Ärzte jedoch nur folgende Sätze:

„Was war das eigentlich mit dem ‚Ärzte-Komplot‘? (Erregung unter den Zuhörern).“

Tatsächlich gab es keine ‚Affäre‘, mit Ausnahme der Erklärung der Ärztin Timaschuk, die wahrscheinlich durch irgend jemand beeinflusst wurde oder auf Befehl handelte — letzten Endes war sie ein inoffizieller Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes — und an Stalin einen Brief schrieb, in dem sie behauptete, das angeblich einige Ärzte ungeeignete Behandlungsmethoden anwendeten.

Solch ein Brief genügte Stalin, um sofort daraus zu schließen, daß ein Ärzte-Komplot in der Sowjetunion existierte. Er gab Befehl, eine Gruppe von bedeutenden medizinischen Sowjet-Spezialisten zu ver-

haften. Er griff persönlich in die Untersuchungen ein und in die Art und Weise, wie die Verhafteten verhört wurden.

Stalin verlangte, daß das Mitglied der Akademie Winogradow in Ketten gelegt werden sollte. Ein anderer sollte geschlagen werden. Hier auf diesem Kongreß befindet sich als Delegierter der frühere Staatssicherheitsminister Genosse Ignatjew. Stalin sagte ihm kurz und bündig: ‚Wenn du keine Geständnisse von den Ärzten erhältst, werden wir dich einen Kopf kürzer machen.‘ (Aufregung unter den Zuhörern).

Stalin rief den Untersuchungsrichter persönlich zu sich und gab ihm Anweisungen und Instruktionen über die anzuwendenden Untersuchungsmethoden. Diese Methoden waren einfach: Prügel, Prügel und nochmals Prügel.“

Anschließend wies Chruschtschow darauf hin, die Mitglieder des Politbüros hätten Protokolle mit den Schuldbekennnissen der Ärzte erhalten. Nach Chruschtschows Version waren die Politbüro-Mitglieder jedoch nicht davon überzeugt, hatten aber keine Möglichkeit der Nachprüfung. Wörtlich sagte Chruschtschow:

„Die Sache wurde so dargestellt, daß niemand die wirklichen Gründe für die Untersuchung erkennen konnte. Es bestand keine Möglichkeit,

auch nur zu versuchen, eine Bestätigung für diese Fakten zu erhalten und mit den Beschuldigten in Kontakt zu treten.

Wir hatten aber das Gefühl, daß die ganze Angelegenheit fragwürdig war. Wir kannten einige von diesen Leuten persönlich, da sie uns einmal behandelt hatten.“

Laut Chruschtschow lag die gesamte Schuld für den Ärzte-Komplott bei Stalin:

„Dieser schmachvolle ‚Fall‘ war von Stalin inszeniert worden. Er hatte aber keine Zeit, um die Sache zu einem Abschluß zu bringen — einem Abschluß, wie er ihn sich dachte. Darum sind die Ärzte noch am Leben. Sie sind jetzt alle rehabilitiert. Sie arbeiten an ihren alten Arbeitsplätzen. Sie behandeln angesehene Leute einschließlich Mitglieder der Regierung. Sie haben unser volles Vertrauen, und sie erfüllen ihre Pflicht ebenso aufrichtig, wie sie es früher taten.“

In dieser Darstellung ist, abgesehen von einigen Details und der direkten Einmischung Stalins, nichts enthalten, was nicht vorher schon bekannt gewesen wäre. Chruschtschow gab keine Erklärung dafür — warum die Entlassungsliste 13 Kreml-Ärzte, die Verhaftungsliste aber nur 9 aufwies, warum Ignatjew heute in hoher Position steht und nicht einmal zu einer einzigen selbstkritischen Äußerung genötigt war, und warum im Prozeß gegen Rjumin die Affäre der Kreml-Ärzte nur nebenbei erwähnt wurde. Chruschtschow gab auch keine Begründung dafür, warum die Kreml-Ärzte angeblich nur hohe Militärs ermorden wollten, und warum in der Zeit von Oktober 1952 bis zum Tode Stalins kein Sowjetführer in irgendeiner Weise zur Säuberungskampagne Stellung nahm — mit Ausnahme von Suslow, der sich als einziger an dieser Kampagne beteiligte, nach Stalins Tod ebenfalls dafür nicht zur Rechenschaft gezogen wurde, sondern im Juli 1955 zum Mitglied des Parteipräsidiums avancierte und auf dem 20. Parteitag das ideologische Referat hielt.

Für all diese widerspruchsvollen Ereignisse und die seltsame Toleranz gegenüber jenen, die die „Ärzteverschwörung“ inszenierten, scheint es nur eine einzige Erklärung zu geben. Die nachstalinische Führung ist offensichtlich deshalb nicht daran interessiert, die Affäre der Kreml-Ärzte öffentlich aufzurollen, weil gegenwärtig innerhalb der höchsten Führung sowohl die Verantwortlichen als auch die in Aussicht genommenen Opfer gemeinsam tätig sind. Daher schien es ratsam zu sein, durch einen gegenseitigen Pardon die ganze Angelegenheit zu begraben. Es bleibt abzuwarten, ob dies auf lange Sicht möglich sein wird. In jüngster Zeit sind zwei Militärführer, die angeblich von den Kreml-Ärzten als Opfer vorgesehen waren, wieder in der Presse genannt worden. Admiral Lewtschenko, nach dem Tode Stalins kaum erwähnt, wurde am 10. März 1957 erstmalig wieder als stellvertretender Befehlshaber der sowjetischen Flotte genannt und Armeegeneral Schtemenko, nach Stalins Tod zum Obersten degradiert, wurde am 30. März 1957 „für langen und einwandfreien Dienst in der Sowjetarmee“ mit dem Leninorden ausgezeichnet.

Das Auf und Ab der am Ärzte-Komplott Beteiligten — sei es als Inszenierer oder als vorgesehene Opfer dieses Komplotts — dürfte mit dieser plötzlichen Wiedererwähnung zweier Militärführer nicht beendet sein. Es scheint überhaupt kaum möglich zu sein, auf die Dauer die Aufklärung des Ärzte-Komplotts zu umgehen. Bei zukünftigen politischen Differenzen und Auseinandersetzungen, vor allem wenn sie einen bestimmten Grad der Schärfe erreichen, ist immer für den einen oder anderen Teil die Möglichkeit vorhanden, die damaligen Ereignisse zu Anschuldigungen gegen den Widersacher zu benutzen und an die Öffentlichkeit zu tragen. In diesem Sinne ist die „Verschwörung der Kreml-Ärzte“ nicht nur ein wichtiges Ereignis zur Aufhellung der eigentlichen Vorgänge um Stalins Tod, sondern auch von entscheidender Bedeutung für die Analyse der Kräfte, die gegenwärtig und in Zukunft in der sowjetischen Politik eine maßgebliche Rolle spielen.

WERNER MARKERT

Marxismus und russisches Erbe im Sowjetsystem

Die Tübinger Vorträge über Marxismus und Sowjetstaat, die unter dem Leitthema „DER MENSCH IM KOMMUNISTISCHEN SYSTEM“ als Bd. 8 der von H. Rothfels, Th. Eschenburg und W. Markert herausgegebenen „Tübinger Studien zur Geschichte und Politik“ (J. C. B. Mohr [Paul Siebeck], Tübingen 1957, VII, 119 S., kart. DM 8,60) erscheinen, spannen den Bogen der heutigen Marxismus-Diskussion vom Menschenbild des jungen Marx bis zur Krise des Stalinismus. Die Sammlung eröffnet der letzte Vortrag des verstorbenen Philosophen Erwin Metzke, dessen Andenken dieser Band gewidmet ist, über „Mensch und Geschichte im ursprünglichen Ansatz des Marxschen Denkens.“ Der Nationalökonom Hans Peter würdigt „Die politische Ökonomie bei Marx“ im Zusammenhang der klassischen Theorien des 19. Jahrhunderts. Woldemar Koch gibt in seiner Analyse „Geschichtsgesetz und Strategie bei Lenin“ den Schlüssel für das Verständnis der Dynamik. Nach einem Beitrag von Werner Markert über die Rezeption des Marxismus in Rußland und seine Verschmelzung mit dem „russischen Erbe“ zu dem heute auf Europa zurückwirkenden Sowjetsystem stellt Theodor Eschenburg die Frage nach dem „Recht des Menschen in der Sowjet-Demokratie“ zu den Äußerungen des XX. Parteikongresses und untersucht die konkreten Sicherungen des Menschen im Sowjetstaat. Hans Rothfels stellt das Schicksalsproblem von „Gesellschaftsform und Koexistenz“ in den Raum der europäischen Geschichte und Gegenwartsentscheidung. Den Abschluß bildet ein Vortrag von Iring Fetscher, dem Bearbeiter der Marxismus-Studien, „Von Marx zur Sowjetideologie“.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen veröffentlichen wir nachstehend den Vortrag des Tübinger Historikers und Herausgebers dieses Bandes Professor Dr. Werner Markert, der das Osteuropa-Institut an der Universität Tübingen leitet.

Auf die Frage nach dem Anteil und dem Zusammenwirken von Marxismus und russischem Erbe im Bolschewismus und im Sowjetsystem wird niemand eine bündige Antwort erwarten oder auch nur für möglich halten. Die Geschichte der bolschewistischen Herrschaft und des Sowjetsystems in Rußland läßt sich nicht analysierend auseinanderfallen. Wohl aber wird und soll die Fragestellung der Klärung dienen in der Verwirrung, die um die Begriffe Bolschewismus, Marxismus und Kommunismus innerhalb und außerhalb der Sowjetunion mit gutem Grund gestiftet wird. Ist doch das Hauptargument der Sowjet-Kommunisten in aller Welt die These: „*der Maximus*“ hat 1917 in Rußland gesiegt: von Lenin weiterentwickelt hat der Marxismus-Leninismus die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur industriellen Weltmacht umgestaltet; ihm verdankt die Sowjetunion den Sieg im zweiten Weltkriege, ihm ihre starke Stellung in der heutigen Welt. „*Der Maximus*“ habe das Leben von Hunderten von Millionen Menschen in Rußland und in China umgestaltet, die Sowjetvölker an die Spitze der Menschheit geführt und durch den Erfolg der Geschichte habe er seine „*Wahrheit*“ bewiesen, die für alle Völker der Erde Geltung besitze.

Die Gegenthese lautet etwa: Auch die bolschewistische Revolution war eine russische Revolution. Der Maximus gab nur die intellektuelle Hülle echt russischer Kräfte der Empörung, der Sehnsucht, des Messianismus. Die Industrialisierung war bereits zuvor angelegt; ihre gewaltsame Durchführung in wenigen Jahrzehnten ist ein Ergebnis russischer Leidenschaft und russischer Gewöhnung an die Autokratie, sei es auch eines Stalin in der Tradition Peters des Großen. Der Sieg im zweiten Weltkriege und die Besetzung des östlichen Mitteleuropas und Mitteldeutschlands waren nicht ein Triumph des revolutionären Geistes, sondern der Erfolg des militanten sowjetischen Patriotismus, zu dessen Gelingen der Moskauer Patriarch die Waffen segnete. Die Maßnahmen der Sowjetbehörden in den besetzten Ländern entsprangen dann im ersten Stadium nicht ideologischem Programm, sondern einer inzwischen in der Sowjetunion ausgebildeten Verwaltungspraxis und Sozialpolitik. Wenn schließlich seit dem Jahre 1947 in der öffentlichen Diskussion nach dem Lob des „*heldenhaften großen russischen Volkes*“ und der „*lebenspendenden Kraft des Sowjetpatriotismus*“ wieder auf den Marxismus zurückgegriffen wurde, so geschah es mit Absicht, in der Begegnung mit den marxistischen Strömungen und Gruppen im neuen Machtbereich eine Auslegung des Marxismus durchzusetzen, die die in rund 30 Jahren geprägte Sowjetdoktrin für alle Kommunisten

der Welt als verbindlich erklärte. Die imperiale russische Großmacht bediente sich der dem internationalen Marxismus innewohnenden Dynamik und Revolutionstheorie nur als ideologischer Rechtfertigung der Herrschaft und der Expansion.

Der Historiker wird geneigt sein, keine der beiden Thesen in ihrer radikalen Ausdeutung zu akzeptieren. Zu offenkundig sind einerseits die Konstanten in der Geschichte Rußlands bis zur Gegenwart, trotz des revolutionären Umbruchs. Andererseits ist es nicht weniger einsichtig, daß mit dem Bolschewismus seit 1917 eine neue Kraft in der Weltpolitik aufgetreten ist, die durch den Antagonismus der Systeme und die Revolutionslehre des Leninismus und Stalinismus eine neue Epoche eingeleitet hat. Die Umbildung des Marxismus zur leninistisch-stalinistischen Staatsdoktrin ist gebunden an den Prozeß der institutionellen Ausformung der Herrschaft des Bolschewismus über Rußland. So gliedert sich im historischen Aspekt die Fragestellung nach dem Zusammenwirken von Marxismus und den russischen Kräften in zwei zeitliche Phasen: Wodurch konnte „*der Maximus*“ als Weltanschauung und eine an der westeuropäischen bürgerlich-industriellen Gesellschaft exemplifizierte Theorie in dem rückständigen agrarischen Rußland überhaupt an Boden gewinnen und in seinen Anhängern dort zur Macht gelangen? Und ferner: lassen sich in der Umwandlung des Marxismus zur bolschewistischen Staatsdoktrin seit der Machtergreifung und durch seine Verbindung mit anderen Elementen des Sowjetsystems Aussagen gewinnen, die zur Klärung der Gegenwart beitragen können.

Die Frage nach der Rezeption des Marxismus in Rußland führt zur Bewegung der vormarxistischen revolutionären Intelligenz, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre eigene Dynamik und bald auch eigene Tradition besaß. Unter den revolutionären Wellen, die in diesem Jahrhundert in Europa die alten Gewalten anliefen, war die der russischen jungen Generation der 60er und 70er Jahre intellektuell bei weitem die radikalste, vergleichbar nur in manchen Zügen mit Frankreich am Vorabend der 48er Revolution. Die Ideen des französischen utopischen Sozialismus wirkten zwei Jahrzehnte später in Rußland ein, als sich dieses nach dem Krimkrieg im Zustande einer schweren geistigen und sozialpolitischen Krise befand. Das alte Rußland ging in den Reformen der 60er Jahre zu Ende, das neue war noch nicht geboren. Zwischen beiden mußte es beinahe, um Metternichs Wort von Europa auf

Rußland abzuwandeln, ein Chaos geben. In diesem geistigen Umbruch, der in den großen Romanen Turgenews „Väter und Söhne“ und „Rauch“ und in Dostojewskijs „Dämonen“ in Erscheinung und Tiefe wie selten ein Zeitgefühl getroffen ist, in jener Zeit des sogenannten „Nihilismus“ der russischen Jugend zeichnen sich die Wesenszüge der russischen revolutionären Bewegung ab, die durch die Revolutionen von 1905 und 1917 hindurch bis in die frühsowjetische Periode hinein die Gesinnung geprägt haben.

Das Zentralproblem jener Intelligenz, das alle anderen Fragen bald überschattete, war das der eigenen Existenz im Verhältnis zum Volk, d. h. zur breiten Masse des großen bäuerlichen, von der Europäisierung kaum erfaßten russischen Landvolkes in dem weiten Agrarland. Die Leugnung jeder Transzendenz nach dem Zusammenbruch des idealistischen Denkens in den 40er Jahren führte in der Zeit der großen naturwissenschaftlichen Entdeckungen zur Verabsolutierung der diesseitigen Welt und zu jenem „Glauben“ an die Wissenschaft und ihre Methoden der Gesetzmäßigkeit und Beweisbarkeit, der den europäischen Gedankensystemen des Materialismus einen breiten Boden sicherte. Die Welt- und Seinsvorstellung der Orthodoxie von der einen, gottdurchdrungenen Welt, die keinen Dualismus kennt, trug ebenfalls dazu bei. Das Suchen nach dem Sinn des eigenen Lebens, das die junge Generation in dem Zwiespalt zwischen dem zerbrochenen Glauben der untheologischen, vielfach erstarrten und staatsabhängigen Orthodoxie und der dominierenden Geltung des französischen Positivismus mit aller Unbedingtheit und mit dem Eifer der Persönlichkeit des Glaubenwollenden erfüllte, führte nach der Phase der ‚Befreiung‘ und nach der Depression des ‚Nihilismus‘ zu der kategorischen Frage „Was tun?“. Die Antwort, die ihnen ihre Lehrmeister Ende der 60er Jahre gaben und die sie selbst in den westlichen Sozialtheorien zu finden meinten, lautete: Bewährung in der Gesellschaft, in der Allgemeinheit, d. h. im Volke, das der tragende Grund des Seins ist. Der Wunsch nach individueller Freiheit der ‚kritisch denkenden Persönlichkeit‘ fand seine Grenzen in der Einsicht in die Ohnmacht jener dünnen ‚Intelligenz‘ aus der Jugend des Adels und der aufsteigenden kleinbürgerlichen Schichten gegenüber dem Volke des russischen Dorfes, das das eigentliche Rußland war. Unkundig des Lesens und Schreibens, hilflos der Willkür der Gutsbesitzer, Pächter und Gouvernementsbeamten ausgesetzt, erschien das eben erst (1861) aus der Leibeigenschaft entlassene Landvolk als das russische Volk schlechthin, außerhalb dessen sich jene studierende und städtische Jugend als Entwurzelte und Heimatlose fühlten. Der Typ des „reinen Adligen“, dem die „Schuld“ der Väter am Volke das Wirken für dieses zur Pflicht machte, war keine Einzelercheinung.

Aber nicht nur, daß der Adel und die kleine städtische Schicht der Beamtschaft, des Offizierskorps und der Gebildeten gleichsam verlorene Inseln in dem weiten Meere des russisch-ostslawischen Bauerntums darstellten, nicht nur, daß das zahlenmäßige Verhältnis und das Lebensniveau eine extreme Divergenz zwischen herrschender Oberschicht und breiter bäuerlicher Masse zeigte, in ihnen begegneten sich verschiedene Kulturen und verschiedene Jahrhunderte. Adel und Intelligenz dachten europäisch, in den modernsten Denkweisen des 19. Jahrhunderts. Die in der orthodoxen Glaubenswelt gebundene Landbevölkerung lebte und dachte russisch in Lebensformen und Vorstellungen, die sich nur wenig von der des vorpetrinischen 17. Jahrhunderts unterschieden. Der slawophile Politiker Jurij Samarin hat es damals geradezu als die Aufgabe des Adels nach der Bauernemanzipation bezeichnet, das hilflose, zurückgebliebene Bauerntum aus seinem Zustande des 17. Jahrhunderts in die Gegenwart zu geleiten.

Noch wenige Jahre zuvor hatten die Slawophilen unter dem Einfluß des Volkstumsgedankens der deutschen Romantik das von der Europäisierung unberührte russische Bauernvolk als das echte, unverbildete russische Wesen, als den Träger des wahren christlichen Glaubens, als den Urgrund künftiger russisch-slavischer Menschheitskultur verherrlicht, in dessen Schoß die durch die Europäisierung entfremdete Oberschicht wieder zurückkehren müsse, um der Gemeinschaftlichkeit teilhaftig zu werden. In dem bäuerlichen Gemeinde-Eigentum am Boden hatte man ein russisch-slawisches Urprinzip zu entdecken gemeint, ein Prinzip der Gemeinsamkeit des Lebens, Wirtschaftens und Glaubens,

das geeignet sei, Rußland vor den sozialen Krankheiten des Westens, des „Pauperismus“ und des „Proletariates“ zu schützen. Der konservative preußisch-westfälische Agrarpolitiker Freiherr von Haxthausen vertrat nach seiner Rußlandreise und den Gesprächen mit den Moskauer Slawophilen in seinem Bericht 1847 die Auffassung, daß die Gemeinschaftsformen des „Communismus und des Socialismus“, die in Frankreich als das Heil der Zukunft erstrebt würden, in Rußland noch von altersher vorhanden seien. Der Mythos vom russischen Mushik war aber mehr als ein romantischer Gedanke intellektueller Sehnsucht. Er durchzog die gesamten sozialpolitischen Vorstellungen eines künftigen Rußland, sofern sie von der Gesamtheit her gedacht waren.

So wurden alle sozialetischen Postulate des französischen Sozialismus und Positivismus, die dort in der Krise des entstehenden industriellen Proletariates von Paris, Lyon oder Marseille noch vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts entstanden waren, bevor also noch die Massen wenigstens der Form nach ihre Stimme erheben konnten, in Rußland auf eine andersartige soziale Welt umgedeutet. Die soziale Problematik, alle Theorien von der Gesellschaft kreisten um die Spannung: Persönlichkeit und Volk, Held und Masse, die ein „bewußtes Leben“ führende Intelligenz und die dahinvegetierende bäuerliche Bevölkerung. Die soziale Sphäre wurde für die jungen Generationen seit den 60er Jahren zu einem Ersatz der religiösen; alle ethischen und moralischen Werte wurden auf das „Soziale“ und auf das „Gesellschaftliche“ verlagert, in dem die Bewährung des Einzelnen zu erfolgen habe, für das kein Opfer zu groß sei. Aus diesem Untergrund ging die einzigartige Jugend-Bewegung des „Gehens ins Volk“ der Narodniki in den 70er Jahren hervor und ebenso der individuelle Terror; aus dieser Gesinnung entstanden Generationen von Berufsrevolutionären in fanatischer Hingabe. Die Überbewertung des Sozialen übertönte die Postulate des europäischen Liberalismus, der freilich dem agrarischen, immer noch gemeindegebundene Rußland keinen Weg in die Zukunft weisen konnte. Die westeuropäischen Begriffe des Sozialen wurden angewandt auf das „Volk“, nicht als Gemeinschaft aller, sondern eben auf jenes andere, zwar durch Sprache, Kirche und Heimat verbundene, aber doch so fremde Bauernvolk. Bis in die 80er Jahre hielt sich die Zuversicht, daß das künftige ideale Rußland des menschheitlichen Fortschritts seine Kräfte aus dem agrarischen sozial-ökonomischen Prinzip des Gemeindeeigentums entwickeln und mit Überspringen der europäischen zerspaltenen Klassengesellschaft einen „höheren Typus“ der menschlichen Kultur darstellen werde. Jetzt ging es freilich nicht mehr um ein Aufgehen im Volk, sondern um die volkserzieherische Aufgabe der Intelligenz, das unwissende, abergläubische, hungernde und verkommene Volk dem Fortschritt zuzuführen.

Mit dem Nachdenken über diesen „Fortschritt“ hing ein weiterer Kreis jener „verfluchten Fragen“ zusammen, die zwingend jeden denkenden Russen der zweiten Jahrhunderthälfte bedrängten und quälten, der Fragenkomplex ‚Rußland und Europa‘. Wird, soll und kann der Zustand Westeuropas, dessen Erscheinungsbild man aus der Ferne voll helllichtiger Kritik beobachtete, das Schicksal Rußlands von morgen oder übermorgen sein? Selten ist wohl ein Volk in seinen denkenden Menschen so intensiv zum Ringen um das eigene geschichtliche Bewußtsein gezwungen worden wie die Russen durch die Nachbarschaft und die Verhaftung mit Europa. Das Problem ‚Rußland und Europa‘ war seit den napoleonischen Kriegen zum Zentralproblem des russischen Geschichtsdenkens und die Geschichtsphilosophie zum bevorzugten Zweig des Philosophierens überhaupt geworden. In der staatlichen Sphäre war die Entscheidung durch die großen Reformen der 60er Jahre für Europa gefallen. Eine neue Welle der Europäisierung flutete über Rußland und erfaßte allmählich die Lebenssphären. Die russische Gebildeten-schicht erlebte mit wachen Sinnen und voller Skepsis den geschichtlichen Prozeß der rapiden Veränderung, erlebte Geschichte als Geschehen nach fremden, europäischen Gesetzen, deren Wirkungen auf das eigene Land sie voller Unruhe analysierte. Dieses Geschichtsverständnis unterschied sich wesentlich vom Entwicklungsdenken des zeitgenössischen Europa. Rußland war in gewissem Sinne das erste ‚unterentwickelte Land‘, das von der Europäisierung erfaßt wurde. Viele der Krisenerscheinungen einer zerstörten Sozialordnung haben seitdem in

den Ländern Asiens entsprechende Parallelen gezeitigt. Wenig später begann das Problem der Europäisierung auch die ersten Vertreter der chinesischen und der indischen Intelligenz zu beschäftigen.

Mit dem scharfen Blick der Kulturkritik sahen konservative ebenso wie radikale Russen voller Mißtrauen auf jenes Europa, das sich ihnen als antagonistische Klassengesellschaft darbot, dessen religiöses Leben sie als Verfall der Kirche in Subjektivismus und Kritizismus empfanden, in dessen auch von ihnen anerkannter großartiger technisch-industrieller Leistung der Mensch zum Rädchen im Räderwerk entwürdigt und seinem allseitigen Menschentum entfremdet werde, ein Opfer des formalen bürgerlichen Rechtsdenkens. Aus der Ablehnung der bürgerlich-industriellen Gesellschaft Westeuropa nach dem selbsterhebenden Schlagwort vom „*faulenden Westen*“ und aus dem Bemühen um die Klärung eines eigenen Ideals künftiger harmonischer Sozialordnung, — darin waren sich Konservative wie Nikolaj Danilewskij und Dosto-

jewskij mit den radikalen Volks-Sozialisten wie Lawrow und Michajlowskij einig, — erhielt der Messianismus des russischen Zukunftsdenkens neuen Antrieb. Der Gedanke von der weltgeschichtlichen Aufgabe des Russentums, der Menschheit den Weg zur erlösenden, endlichen Harmonie des Lebens zu weisen, findet in vielen Variationen beredten Ausdruck. Wohl sämtliche europäischen Geschichtstheorien des 19. Jahrhunderts sind auf die Konzeption hin diskutiert worden, daß nach dem baldigen, ja schon begonnenen Verfall der Kultur der romanisch-germanischen Völker, also des Abendlandes, eine russisch-slawische Kultur das Wort der Geschichte sagen werde. In den 70er Jahren ist es dann vor allen Dingen der Positivismus Auguste Comtes, von dem die russische Intelligenz von der Befähigung des menschlichen Geistes erfuhr, im dritten und höchsten Stadium des menschlichen Fortschritts die Gesetze des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen und vernunftsmäßig zu lenken.

Das Gesetz der Macht

In dieser von so zwingenden Fragen bewegten geistigen Situation fand die erste Auseinandersetzung mit Karl Marx statt. Wie alle sozial-ökonomischen Werke Europas war der erste Band des ‚*Kapital*‘ sofort nach seinem Erscheinen in russischen Zeitschriften besprochen worden. 1872 erschien eine russische Übersetzung des Soziologen Nikolaj Danielons. Zunächst interessierte die theoretische Analyse und Kritik der westeuropäischen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, deren Ende Marx als zwangsläufig vorauszusagen schien. Als der große Verneiner der gegenwärtigen europäischen Zivilisation, wie man sie gern in Rußland verstand, und als Prophet einer klassenlosen harmonischen Idealgemeinschaft der Zukunft fand Marx in der russischen Intelligenz weithin Zustimmung. Der Weg freilich, den Marx zu diesem Fernziel wies, der Weg des Kapitalismus und der Entstehung einer breiten Massenschicht des Proletariates als „*Totengräber*“ dieses Kapitalismus warf für die ungeduldige russische Intelligenz neue Fragen auf. Ja dieser Weg schien für das agrarische Rußland gar nicht gangbar zu sein. Danach mußte es die Geduld noch vieler Generationen erfordern, bis Rußland etwa den Zustand der derzeitigen kapitalistischen Wirtschaft Englands oder Belgiens erreicht haben würde. Der den Narodniki nahestehende Danielson veröffentlichte 1879 eine umfangreiche national-ökonomische Gegenschrift, die dem Nachweis gewidmet war, daß in Rußland die Grundvoraussetzungen fehlten, aus denen sich die Automatik des Kapitalismus entwickeln könne. Rußland müsse einen eigenen Weg aus dem agrarischen Zustande heraus zum allgemeinen Wohlstande des Volkes steuern. Das Buch von Danielson (Nicolajon) eröffnete eine lebhafte nationalökonomische Diskussion der 80er und 90er Jahre zwischen den Vertretern des agrarsozialistischen Narodniktums und den ‚*legalen Marxisten*‘ wie Tugan-Baronowskij, Struve, Issajew und vielen anderen, die auch für Rußland keinen anderen Weg als den der industriellen Europäisierung sahen und mit Enqueten und Statistiken das Gedeihen der jungen Großindustrie und den Einzug des Kapitalismus in Rußland bewiesen. Lenins umfangreiche, in der Verbannung geschriebene Abhandlung über „*die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland*“ (1899) steht etwa am Ende der durch die Entwicklung schon überholten Diskussion und war der Beweisführung gewidmet, daß sich Rußland bereits im Zustande des Kapitalismus befinde, daß auch das russische Dorf bereits im Stadium der ‚*Zerschichtung*‘ in Großbauern (Kulaken) und ein Dorfproletariat zerfalle, daß also auch in allen anderen Folgerungen der Marxismus für Rußland Geltung besitze.

Während sich die ‚*legalen Marxisten*‘ für die Nationalökonomie bei Marx im Sinne eines neuen Westlertums interessierten, ohne zugleich den dialektischen Materialismus und den Klassenkampf zu akzeptieren, fand der revolutionäre Marxismus auf anderem Wege Eingang in die russische revolutionäre Bewegung. Die volkserzieherische Bewegung der Narodniki hatte mit einem Fiasko geendet. Die mißtrauischen Bauern ließen sich nicht von den jungen Studenten erziehen und aufklären. Die revolutionäre Intelligenz stand vor den Trümmern ihres Programms des ‚*ethischen Sozialismus*‘. Die Jagd der ‚*Narodnaja Wolja*‘ auf den Zaren und seine Ermordung im März 1881 war ein Akt der

Verzweiflung. Die Gruppe um Plechanow und Vera Sassulitch, die sich schon 1878 getrennt hatte und in die Schweiz gegangen war, stand dort bald unter dem Eindruck des Aufstiegs der deutschen Sozialdemokratie und der Anschauungen von Engels' Anti-Dühring. Zu Beginn des Jahres 1881 wandte sich Vera Sassulitsch noch einmal an die Autorität Marx in London mit der Frage, ob nicht doch für Rußland ein unmittelbarer Übergang vom bäuerlichen Gemeindeeigentum zur klassenlosen Gesellschaft ohne die Zwischenphase des Kapitalismus möglich sei, und erhielt von ihm einen nicht ganz ablehnenden Bescheid. Marx hat sich erst in diesen Jahren, in denen der ‚*Nihilismus*‘ der russischen Terroristen die Weltöffentlichkeit beunruhigte, näher mit den Vorgängen in Rußland beschäftigt, ohne freilich zu einer abschließenden Meinung zu gelangen. Plechanow wurde in der Emigration der erste namhafte russische Marxist, der vor allem die Gedankengänge von Engels aufnahm und durch seine Schriften im Sinne der spätm Marxistischen Weltanschauung nach Rußland hineinzuwirken versuchte. Die alten Probleme von ‚*Elite und Masse*‘ und der ‚*Rolle der Persönlichkeit*‘, erschienen nun eingefügt in den Prozeß des evolutionären Fortschritts. Die Intelligenz wurde auf das neue Ziel gewiesen: die Arbeiterklasse, deren Klassenbewußtsein es zu wecken galt. Der Hinweis auf die Arbeiterschaft als revolutionären Faktor gewann seit den 90er Jahren zunehmend an Beweiskraft; denn die Streiks in der von Jahr zu Jahr anwachsenden Großindustrie in Petersburg, Moskau, Charkow, Warschau Tiflis, Baku und anderen industriellen Zentren erwiesen sich nicht weniger als ein Faktor der Unruhe als die Studentenunruhen um die Jahrhundertwende. Der maßgebliche Einfluß im Sinne der marxistischen Klassenideologie, der auch zur Gründung einer Sozial-Demokratischen Arbeiter-Partei Rußlands (1898) führte, erfolgte durch die zahllosen Kanäle der unmittelbaren Beziehungen der Intelligenz und der Arbeitergruppe im ostmitteleuropäischen Raum. Die deutsche Sozialdemokratie, nicht weniger die Österreicher und insbesondere Galiziens strahlten ihre Wirkung auf Polen, auf das Judentum in Polen-Litauen, auf die Ukrainer und ferner auf Armenier und Georgier wie andererseits auf Finnland und die Ostseeprovinzen aus, wo überall der Förderalismus der Austromarxisten besonderen Anklang fand; ebenso wirkte er weiterhin auf die russischen Städte und industriellen Zentren. Fast gleichzeitig entstanden innerhalb weniger Jahre allenthalben Gruppen und Grüppchen, die sich zum marxistischen sozialdemokratischen Programm der Zeit bekannten.

Lenin (geb. 1870) war durch den Tod seines Bruders in die revolutionäre Bewegung gestoßen worden, der 1887 wegen angeblicher Beteiligung an einer Verschwörung gegen den Zaren hingerichtet wurde. Der Narodnikkult war ihm schon fremd als er in die studentischen Zirkel geriet, in denen Plechanow ebenso wie die ‚*legalen Marxisten*‘ diskutiert wurden. Seine erste Auslandsreise 1895 galt dem Besuch bei Plechanow und Axelrod in der Schweiz und bei Paul Lafarge, dem Schwiegersohn von Marx, in Paris. Die vierjährige Verbannung nach Sibirien (1896–1900) brachte Lenin eine Zeit der Distanz und der Konzentration, ehe er erfüllt von der revolutionären Aktionsbereitschaft des unruhigen Petersburg ins Ausland reiste, um mit Unterstützung

der deutschen Sozialdemokraten die revolutionäre Agitation für Rußland mit neuen Mitteln zu beginnen.

Innerhalb der revolutionären Bewegung in Rußland, die seit der Jahrhundertwende sich in zentralen Organisationen zu formieren beginnt, nimmt die marxistische Richtung in der breiten Front von den linken Konstitutionellen Demokraten (Kadetten) bis zu den Anarchisten nur einen bescheidenen Platz ein. Dieses Verhältnis hat sich auch im Revolutionsjahre 1905 und bis 1917 nicht verändert. Und innerhalb der russischen Sozialdemokratie blieb die Parteigruppe der Bolschewiki eine Minderheit. Die Führung der revolutionären Aktionen lag bei den Sozialrevolutionären. Sie verkörperten am stärksten die Revolutionsgesinnung des bewaffneten Aufstandes, des individuellen Terrors, der Selbstaufopferung der Attentäter, der Kampfgruppen mit dem unklaren Programm einer russischen Volks- und Agrarrevolution.

Zwischen der sozialrevolutionären Taktik des Terrors und der Propaganda des Umsturzes und andererseits dem zum Revisionismus der deutschen Sozialdemokratie neigenden Flügel der russischen Sozialdemokratie um Plechanow, der damit rechnete, daß auch Rußland erst im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung und Proletarisierung einst revolutionsreif werden würde, steht Lenin. Er ließ sich in seiner Agitationsweise weniger von dem legalen Demokratismus, der Prinzipientreue und dem Rechtsdenken der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie leiten als vielmehr von dem Kampfwillen der nicht-marxistischen russischen revolutionären Bewegung. So sehr auch er durch Engels den Weg zu Marx gefunden hat, suchte er sich doch von dem so stark naturwissenschaftlich gefärbten Entwicklungsdenken und Geschichtsdeterminismus zu befreien und einen eigenen Zugang zur Marx'schen Dialektik zu finden. Nicht zufällig hat Lenin, der ja die Schriften des jungen Marx nicht kannte, 1916 in Zürich Hegel studiert. Dazu hatte er sich in der Zeit des revolutionären Rückschlags 1908/1909 in der Arbeit am *'Empiriokritizismus'* intensiv mit der zeitgenössischen Philosophie beschäftigt und den Marxismus für seine Gefolgschaft zur Weltanschauung abgerundet. Marx'sches Geschichtsdenken und russische Revolutionsgesinnung sind in Lenin, seiner utopischen Zuversicht und seinem fanatischen Kampfeswillen zu einer unlöslichen Einheit verschmolzen.

Der Staatsstreich und die Machtergreifung der Bolschewiki im November 1917 sind in erster Linie ein Problem der Persönlichkeit *Lenins*. Weder verfügten die Marxisten, Bolschewiki und Menschewiki zusammen, über eine ausreichende Mehrheit innerhalb der revolutionären Bewegung Rußlands, noch war in der Führung der Bolschewiki eine Gruppe oder eine Persönlichkeit vorhanden, die mit gleicher Autorität die Zuversicht des bewaffneten Gewaltstreichs und den Mut zur alleinigen, totalen Regierungsmacht vereint hätte, auch Trotzki nicht. Der Koalitionsgedanke nach europäischem Vorbild spielte während des Jahres 1917 noch eine dominierende Rolle und erfüllte die revolutionären Gruppen bis zur Konstituante mit ihrer sozialrevolutionären Mehrheit im Januar 1918, als es bereits zu spät war. Von dem erfahrenen Taktiker, unbedenklichen Agitator und Staatsmann *Lenin* ist jedoch der Marxist und sozialistische Utopist nicht zu trennen. Dem Marxismus verdankte Lenin die durchdachte Theorie einer geplanten Revolution des *'Durststoßens'* durch die liberale Februarrevolution und des Umsturzes im rechten Zeitpunkt, die Stalin später systematisiert hat. Aus dem marxistischen Geschichtsverständnis gewann er die subjektive Legalität seines Handelns, die er seiner Gefolgschaft der Bolschewiki und den Anhängern der Komintern verständlich und verbindlich zu machen verstand. Die ebenfalls marxistischen Menschewiki unter der alten Autorität Plechanows verweigerten ihm dagegen die Anerkennung der Diktatur. Der vom Revisionismus beseitigteschobenen Marx'schen Parole von der *'Diktatur des Proletariats'* entnahm Lenin den Ansatz zu seiner den russischen Verhältnissen angepaßten Führungstheorie von der Ausübung dieser Diktatur des Proletariates durch dessen *'Avantgarde'*, die bolschewistische Partei, in deren Führung sich die Intelligenz mit dem *'bewußtesten Teil'* der Arbeiterklasse zusammenfinden sollte. Hierdurch wurde das alte Problem von *'Intelligenz und Masse'* in der Herrschaft der Partei über die Arbeiterschaft und über die Masse aufgehoben. Schlechthin entscheidend für die weitere Entwicklung Ruß-

lands unter dem Bolschewismus wurden die marxistische Auffassung vom industriellen Proletariat als dem künftigen Träger der Menschheitsgeschichte und der damit verknüpfte Industrie-Optimismus der Marxisten, weil er die Bolschewiki trotz des Paktierens mit der Agrarrevolution im Jahre 1917 gradlinig auf den Weg der Industrialisierung wies. Lenins Formel: *'Bolschewismus ist Sozialismus plus Elektrifizierung'* (1919) gab die Richtung, deren Befolgung die Sowjetunion ihre Weltmachtstellung verdankt. Nicht gegen die Maschine, sondern mit ihr und durch sie sollte der Weg zur Macht des Proletariates und zur Freiheit des Menschen in der Beherrschung der Natur beschritten werden. Mit diesem *'Westlertum'*, das ihn von den agrar-sozialistischen Programmen und den anarchistischen Idealen der anderen revolutionären Gruppen trennte, fügte er die Herrschaft der Bolschewiki in den harten Trend des Jahrhunderts ein. Darin, daß die Bolschewiki von vornherein entgegen dem Ideal einer Demokratie des gesamten Volkes auf die Minderheitsherrschaft der Stadt über das weite Agrarland setzten, paßten sie sich den Traditionen der russischen Geschichte an. Für den Aufbau und die Verwaltung der im Krieg und Bürgerkrieg zerstörten Wirtschaft eines kapitalarmen, unterentwickelten und nur an Bodenschätzen und Menschen reichen Landes bot der Marxismus freilich auch als ökonomische oder sozialpolitische Theorie wenig konkrete Anweisungen. Hierzu mußte der Weg aus dem *'Kriegskommunismus'* durch Anpassung an die Gegebenheiten Rußlands eingeschlagen werden, wie es Lenin in der *'Atempause'* der *'Neuen ökonomischen Politik'* (1921) einleitete.

Die zentralen Probleme, bei deren Bewältigung Marxismus und russisches Erbe eine unlösliche Verbindung eingegangen sind, kreisten um die Erhaltung der *Macht* im Inneren und nach außen, um die sozialen Grundlagen einer *'Gesellschaft'* und um die Stellung des *Menschen* in dem sich festigenden Sowjetsystem.

Durch den Staatsstreich in Petrograd und Moskau und die Sprengung der Konstituante stellten sich Lenin und die Bolschewiki unter das Gesetz der *Macht*, die sie ergriffen hatten. Trotz jahrelanger Zweifel am endgültigen Erfolg haben sie sich zur Erhaltung dieser Macht als dem obersten Gesetz ihres Handelns bekannt, dem alle anderen Entscheidungen nachgeordnet waren. Seit der Gründung der Komintern im Frühjahr 1919 steht auch der Weltkommunismus unter diesem Gesetz der Erhaltung und Stärkung der Sowjetmacht.

Innenpolitisch war für die Bolschewiki die Macht durch die Autokratie und ihre bürokratische Exekutive vorgeformt, die seit 1905 noch nicht liberalisiert worden war. Noch hatten sich auch in der Wirtschaft keine konkurrierenden Kräfte herausgebildet. Der hohe staatliche Anteil an der industriellen Produktion, an der Geldwirtschaft und am Verkehrswesen in der Zarenzeit half dem Staatskapitalismus auf den Weg. Durch die Anpassung an die alte zentralistische Machtstruktur gelang den Bolschewiki auch die Überwindung der stärksten Gegenkräfte, der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen der nichtrussischen Völker.

Auch außenpolitisch trat die Räteregierung das Erbe des Zarenreiches an. So laut sie auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündete, der Sowjet-Föderalismus, der dem Nationalitätenprogramm der Austromarxisten und deren Auffassungen von den Rechten des Menschen so prinzipiell widersprach, diente dem Ziele, die Völker wieder in einem Reich zusammenzuführen und ihre Separationstendenzen durch die Verfassung der *'Union'* der Sowjetrepubliken aufzuheben. Der marxistische Internationalismus und der Antipatriotismus der Bolschewiki im Jahre 1917, der die nationalen revolutionären Gruppen so abgestoßen hatte, erhielt in der Abwehr der ausländischen Interventionen und im Kriege mit Polen 1920 seine erste russische und sowjetisch-patriotische Komponente im militanten Bolschewismus. Nach der Zerstörung der Illusionen über die erwartete Weltrevolution in Mitteleuropa, nach dem Ausbruch Rußlands aus der Kriegskoalition und der Absage an die internationale Verflechtung des Anleihekaptals und schließlich nach der Kampfansage an die gesamte übrige *'kapitalistische'* Welt war die weltrevolutionäre Herrschaft der Bolschewiki zunächst auf die eigene Staatlichkeit zurückgeworfen. Bald wurde in manchen Kreisen der Emigration, wie in der Gruppe der *'Eurasier'*, die Überzeugung geäußert: es war doch eine russische Revolution, die durch diese gottlosen Marxi-

sten vollzogen wurde. Rußland hat sich, wenn auch in dieser entarteten Weise, die doch zugleich typisch russische Züge trägt, gegen Europa behauptet und endlich aus der halbkolonialen wirtschaftlichen Abhängigkeit der europäischen Mächte befreit. Es wird nun in dem ihm von der Geschichte vorgezeichneten Raum seinen eigenen Weg gehen und der Menschheit sein Wort sagen. In der Sowjetideologie erfolgte mit der Stalinschen Losung vom „Sozialismus in einem Lande“ eine folgenreiche Revision des marxistischen Gesellschaftsbegriffs und ein Bekenntnis zur Staatlichkeit des Sowjetreiches. Seitdem ist auch in der sowjet-marxistischen Ideologie das Problem der Macht des Sowjetstaates nicht zu eliminieren, so daß offizielle doktrinäre Verlautbarungen ihrem Wesen nach als ideologische Rechtfertigungen des sowjetischen Imperialismus aufzunehmen sind, der Schritt für Schritt in die Bahnen des Zarenreiches eingeschwenkt ist.

Die Organisation der Macht war durch die zentralistische Struktur der russischen Autokratie vorgezeichnet. Auch die Methoden der Be-

herrschung durch Terror, Verbreitung von Furcht und Schrecken und durch Rechtlosigkeit in Ermangelung eines ausreichenden und ausgebildeten Beamtenapparates knüpften an verachtete Traditionen der Zarenzeit an. Von Lenins Rechtfertigung des Terrors führt die Linie zu Stalins Liquidierungsprozessen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre und zu den in Chruschtschows Geheimrede vom 24./25. Februar 1956 geschilderten Zuständen in seinen letzten Lebensjahren. Trotz des Führungskollektivs im Politbüro und Zentralkomitee führte die Institutionalisierung der Macht bald wieder in die Formen einer Autokratie, zur persönlichen Diktatur Stalins und zum „Persönlichkeitskult“. Man wird in dieser Entwicklung, die bereits in den letzten Lebensjahren Lenins, wohl gegen dessen Widerstreben, einsetzte, nicht nur den Macht hunger des Georgiers Dschugashwili, sondern zunächst auch ein russisches Erbe, das Bedürfnis der noch nicht rational begreifenden Bevölkerung nach Personifizierung der Autorität erkennen müssen.

Die sozialen Umwälzungen

Bei der Umbildung der Partei der Bolschewiki, die 1918 den Namen einer „Kommunistischen Partei“ annahm, zum Instrument der politischen Herrschaft gehen verschiedene Vorgänge ineinander über. Lenin ist sich der Tragweite bewußt gewesen, wenn er die Zweifler tröstete, er werde mit den 23 600 Mitgliedern der Partei im Jahre 1917 bei disziplinierter Organisation „die 150 000 Adeligen“ ersetzen, mit denen der Zar regiert habe. Wenn auch die Prämissen Lenins dem marxistischen Gesellschaftsschema entsprechend insofern falsch bezeichnet waren, als der Zar nicht durch den Adel als landbesitzender Schicht, sondern durch die Bürokratie regiert hatte, so war die Aufgabe doch klar umrissen. Die bisherige Organisation der „Kampfpartei“, die sich bereits seit 1903 im Unterschied zur deutschen „Partei-Demokratie“ den russischen Verhältnissen angepaßt hatte, wie es auch die Sozialrevolutionäre taten, mußte in ein Instrument der Herrschaft mit Führungs- und Kontrollaufgaben, mit Regierungs- und Verwaltungsfunktionen umgebaut werden. Die Ausmerzung der unruhigen, individualistischen Weltanschauungsrevolutionäre, ihr Ersatz zunächst durch ruhigere Elemente der Arbeiterschaft und weiterhin die Ablösung der alten Garde durch die nach dem Gehorsams- und Leistungsprinzip ausgewählte, fachlich ausgebildete junge Generation, ist in den Prozessen der 30er Jahre zum Abschluß gebracht worden. Nach dem zweiten Weltkrieg, in dem sich die Auswechselbarkeit der Aufgaben in Partei, Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Verkehr und Nachschub gezwungenermaßen eingespielt hatte, erfolgte der Schritt von der klein gehaltenen Elite (1939: 2,3 Millionen) zur integrierenden Organisation der Oberschicht (1952: 6,9 Millionen) mit gesondertem Parteiapparat.

Begleitet war diese Umwandlung von einer revolutionären „Kampfpartei“ zur disziplinierten Funktionärsorganisation und schließlich zum politischen Herrschaftsapparat einer breiten Oberschicht, wofür jeweils die alte Leninsche Formel von der „Partei neuen Typs“ modifiziert wurde, von einer Beseitigung der Diskussion und aller liberalen Ansätze im Geistigen wie im Verhalten. Sie vollzog sich als ein Rückgriff auf die vorliberale Struktur der russischen Autokratie unter Nikolaj I., als eine „Enteuropäisierung“ (Hoetzsch) des kulturellen und politischen Lebens bis zum Verbot der freien marxistischen Beschäftigung mit Marx und Engels nach 1929/1930. Den sozialen Hintergrund dieser Strukturwandlung des Stalinismus bildete die fast totale Umschichtung durch die Ausmerzung der alten europäisch gebildeten Oberschicht und die Mobilisierung der Jugend der von der Europäisierung überhaupt noch nicht erfaßten Massen in Stadt und Land. Dafür entsprachen andererseits die seit 1934 aufkommende Heldenverehrung, der Sowjetpatriotismus mit seinen russisch-nationalen Zügen und die Heroisierung der russischen Geschichte der Geisteshaltung der aufsteigenden Unterschichten. Es wäre aber ein Mißverständnis, wollte man in dieser vordergründigen nationalen Fassade, in der Aufnahme alter Traditionen, Symbole und Embleme der Zarenzeit allein das russische kulturelle Erbe erblicken. Es war vielmehr ein Zustand der Verarmung und der Verödung gegenüber der Vielfalt und dem geistigen Reichtum, den die russische Welt seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Anschluß an Europa und in der

eigenwilligen Ausprägung westlichen Ideengutes entfaltet hat, einschließlich der Rezeption und Umdeutung des Marxismus. Nach der Auffassung vom „Kontakt mit den Massen“ und „daß die Theorie, die die Massen ergreift“, zur „materiellen Gewalt“ werden soll, wurde der Konformismus der Sowjetdoktrin mit ihren widerspruchsvollen Komponenten zum Führungsmittel des Stalinismus für die Massen.

Unlösbar verbunden mit der Ausprägung der politischen Macht war das russische Erbe nicht weniger bedeutsam für die sozialen Umwälzungen unter dem Sowjetsystem. War das marxistische Denken auf den europäisch-internationalen Zusammenhang der west- und mitteleuropäischen industriellen Gesellschaft mit ihren Traditionen alter Bürger- und Handwerkskultur gerichtet, so traf es in Rußland auf eine völlig andere Sozialverfassung als das Marxsche Gesellschaftsmodell. Zentralrußland stand um 1917 im Prozeß beschleunigter Auflösung der alten gebundenen Agrarordnung, deren landbesitzender Adel auch seit Jahrzehnten im Verfall war. Die dünne, von Ausländern durchsetzte Unternehmerschicht, Handel und Bankwesen waren weder zu bestimmenden politischen Gruppen noch zu gesellschaftsprägenden Faktoren herangewachsen. Die relativ breite Schicht der ‚Intelligenz‘ hatte sich seit einem halben Jahrhundert in einem sozialen Hohlraum zur entscheidenden revolutionären Schicht im ganzen Lande entwickelt, war aber eben erst auf dem Wege, ein Bildungsbürgertum von gesellschaftlicher Bedeutung abzugeben. Kleinbürgertum und städtische Händlerschicht waren ebenso wie das in besonderen russischen Formen entwickelte Handwerk untere Mittelschicht geblieben. Die Arbeiterschaft stellte in den Großstädten, Häfen und industriellen Zentren einen gewichtigen sozialen Faktor dar. Sie hatte auch spontan 1905 und 1917 ihre Repräsentation der Arbeiter-Räte, der „Sowjets“ gebildet und besaß, wie der Kronstädter Aufstand 1921 und die Gewerkschaften bewiesen, die Ansätze zu einer Arbeiterintelligenz auch außerhalb des Gefolges der Intellektuellenparteien. Ihr fehlte aber die soziale Tradition und für das gesamte Reich mit seiner Disproportion von Stadt und Land konnte sie keine ‚gesellschaftliche Basis‘ abgeben. So blieb im Kern die slawische Landbevölkerung der Russen, Ukrainer und Weißruthenen mit ihrer extensiv arbeitenden, hauswirtschaftlich genügsamen und analphabetischen Masse des „Muschik“ die tragende soziale Schicht. Aber auch sie befand sich seit der Aufhebung der bäuerlichen Gemeindeverfassung durch die Reform von 1906/1907 und die danach erfolgten Landzumessungen im Zustande der Individualisierung und Umstrukturierung. Die wilde, von den Sozialrevolutionären und Lenin provozierte Landnahme des Jahres 1917 und der Bürgerkriegszeit hatte die Tendenz der Differenzierung verstärkt, ohne daß das Ergebnis sich rasch hätte konsolidieren können.

Die Beseitigung oder Deklassierung der „Ehemaligen“, des Adels, der Bürokratie und der besitzenden Oberschicht, ging in Revolution und Bürgerkrieg und durch die große Emigration vor sich; gegen die Reste wurde der ‚Klassenkampf‘ weitergeführt. Aber das Problem der ‚gesellschaftlichen Basis‘ und gar das einer künftigen ‚sozialistischen Gesellschaft‘ blieben offene Fragen. Trotzj hat das mit voller Schärfe der marxistischen Analyse gesehen. Die russischen Revolutionäre aller

Färbungen hatten vom ‚neuen Menschen‘ und von einer ‚klassenlosen Gesellschaft‘ geträumt; auf das Individualbauerntum, das sich dem Zwang gegenüber ablehnend verhielt, konnte sich die Herrschaft der Bolschewiki nicht stützen. So weisen die Diskussionen der Jahre 1925 bis 1928 um den „Weg zum Sozialismus“ viele Aspekte auf, politische, doktrinäre, wirtschaftliche und soziologische. Ging es doch darum, nicht innerhalb einer industriellen Gesellschaft nach Marx'schem Modell den „Weg zum Sozialismus“ zu beschreiten, sondern auf den Trümmern der vorindustriellen Ordnung eines zurückgebliebenen Agrarlandes mit industriellen Punkten auf der Landkarte. Bereits Anfang der dreißiger Jahre wurde die unausbleibliche neue „Klassenbildung“ von den Trotzkiisten gegen Stalins „Verrat an der Revolution“ ins Treffen geführt.

Erst die zweite, die soziale Revolution, die mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Beseitigung des restlichen ‚privaten Sektors‘ und mit der planmäßigen Industrialisierung nach 1928 auf die erste, die politische Revolution des Jahres 1917 folgte, hat Rußland total erfaßt und bis in die Tiefe und bis ins fernste Dorf verändert. Unter den furchtbarsten Opfern wurde die Struktur des alten ländlichen Rußlands, die sich gerade zu differenzieren begann, unter der Parole des ‚Klassenkampfes auf dem Dorfe‘ zerstört und durch das in der Theorie modern technisierte Kollektivsystem auf einem Zustand gebundener Arbeitsverfassung zurückgeworfen. Stalin hat später für diese Vergewaltigung mit einer weiteren Revision des marxistischen Revolutionsbegriffs die Interpretation einer „Revolution von oben“ gegeben. Mit ebenfalls nicht geringen Menschenverlusten wurde der Weg zu geplanten Staatsunternehmen durch das Institut der Zwangsarbeit beschritten, das sich auf alte russische Traditionen eines Peters des Großen oder der sibirischen „Katorga“ der Zarenzeit stützen konnte. Die mit Zwangsmitteln abgezogenen Menschen des Landes lieferten die ungelerten Arbeitshände für den Ausbau der Industrie. Die Identifizierung von „Aufbau des Sozialismus“ mit Planerfüllung und erreichten Produktionsziffern verabsolutierte europäisches Produktionsdenken in extremster Form. Der Mensch wurde in dieser „sozialistischen Planwirtschaft“ selbst zur Ziffer, noch weniger als ein Rädchen im Räderwerk. An die Stelle des alten russischen Wunschdenkens vom „Überspringen“ der Phase einer europäischen industriellen Klassengesellschaft trat Anfang der 30er Jahre die Parole vom „Einholen und Überholen“ der europäischen Industrieproduktion und vom Wettstreit der antagonistischen Wirtschaftssysteme. Die Rüstungspläne im Zeichen politischer Macht appellierten an Sozialismus und Patriotismus zugleich. Die aus politischen Erwägungen forcierte Industrialisierung des unterentwickelten Rußlands, die heute in Asien so gern als das Modell einer ‚Industrialisierung im verkürzten Zeitraum‘ im Unterschied zu der europäischen Entwicklung von anderthalb Jahrhunderten bewundert wird, hatte zur Voraussetzung das russische Menschentum, seine Bedürfnis- und Anspruchslosigkeit in Ernährung, Kleidung und Unterbringung, seine Leidensfähigkeit und Fügung in das Schicksal sowie andererseits die Vitalität der russischen Jugend, die lernbegierig und begabt, erfüllt von Begeisterung für die Technik im ‚Glauben‘ an den Fortschritt und getrieben von gesundem Aufstiegswillen für die Zukunft zu darben auf sich nahm. Auch in diesem Glauben an die Herrschaft des Menschen über die Natur, der so vielen Strömungen des europäischen Denkens einst eigen war, holte Rußland unter dem Sowjetsystem das europäische 19. Jahrhundert nach. Und wie Europa im vergangenen Jahrhundert heftet heute die Sowjetunion die imposanten Wirkungen der Technik an die Fahnen ihres Systems.

Nach dem zweiten Weltkriege, nach rund anderthalb Jahrzehnten des Aufbaus der rüstungswirtschaftlichen Großindustrien und der Intensivierung der Kriegswirtschaft begann sich in Rußland das Stadium einer dritten Revolution abzuzeichnen, das der „industriellen Revolution“. In zunehmendem Maße bedarf das industrielle Gefüge über alle zentralgelenkte Planung und über die vorausdenkbaren Bezogenheiten hinaus der weiteren Differenzierung, der ergänzenden zusätzlichen Industrien, des ungebundenen Experimentierens und erweiterter Grundlagenforschung, immer empfindlicher wird das Geflecht technisch-wirtschaftlicher Zusammenhänge und das Gewicht ihrer Eigengesetzlichkeit. Bulganins Kritik auf dem XX. Parteitag wies deutlich auf die fühlbaren Schwierigkeiten dieses neuen Zustandes hin. Die differenzierte Produktion ist

aber zugleich auf dem Wege, eine industrielle Gesellschaft hervorzu- bringen und auch im sozialökonomischen Bereiche das europäische 19. Jahrhundert nachzuholen. Das alte Ideal einer homogenen und klassenlosen Gesellschaft ist bereits 1936 über Bord geworfen worden. Die Sowjetverfassung rechnet bereits mit den beiden „Klassen“ der industriellen Arbeiter und der kollektivierten Landbevölkerung als beständigen sozialen Faktoren. Inzwischen wurden die sich neu bildenden Schichten unter dem russisch und marxistisch gleichermaßen akzeptablen Terminus der „technischen Intelligenz“ als einer dritten sozialen Kategorie bestätigt. Klammern wir uns nicht an terminologische Spitzfindigkeiten der Klassendefinition, so können wir die Bevölkerung der Sowjetunion heute als einen weithin durchgliederten Sozialkörper bezeichnen, der sich immer weiter von einer ‚klassenlosen Gesellschaft‘ entfernt. Eine ausgeprägte Oberschicht in Regierung, Verwaltung, Partei, Wirtschaft, Technik, Militär, Forschung, Unterricht und Gesundheitswesen mit einer breiten jungen ‚Intelligenzreserve‘ besitzt die Verfügungsgewalt über Privilegien, die den politischen oder auf Eigentum sich gründenden Vorrechten der Führungsschichten in den ‚kapitalistischen‘ Ländern um nichts nachsteht. Mannigfach sind die Symptome der rechtlichen Institutionalisierung dieser Vorzugsstellen. Die Menge der wieder in Ränge gegliederten Beamtschaft und der Angestellten steht nach dem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung wohl kaum hinter den westlichen Ländern in der Nachkriegszeit zurück. Innerhalb der Arbeiterschaft hat sich ebenfalls Tradition und eine durch die Arbeit geprägte Differenzierung herausgebildet, wie in Westeuropa vor 50 bis 80 Jahren. Die sogenannte „zweite industrielle Revolution“, die Vollautomation der übertragbaren industriellen Produktion, bietet der an Menschenmangel leidenden Sowjetwirtschaft in diesem Stadium neue Möglichkeiten der Ausnutzung ihrer industriellen Arbeiterschaft und technischen Intelligenz. Für die breite Masse der ungelerten Arbeiter, der Kolchosbauern, der Aufenthaltbeschränkten und der Zwangsarbeiter in der Periode des Stalinismus scheint sich der Prozeß der industriellen Revolution, der sich von den Zentren aus gleichsam in das Land hineinfrisst, bisher nur in beschränktem Umfange auszuwirken.

Verfolgen wir die Regungen seit dem Tode Stalins bis zum XX. Parteikongreß, so ist es die neue Oberschicht, die im Besitze der privilegierten Stellung befindliche ‚Klasse‘, deren Konsumbedürfnis mit allen Anzeichen der ‚Verbürgerlichung‘ Berücksichtigung erwartet. Ihre Forderung nach persönlicher Rechtssicherheit, nach Freiheit der privaten Sphäre, nach persönlicher Beweglichkeit bis zur Auslandsreise und nach Abkehr von dem auf die Massen berechneten Konformismus bewirkt die Veränderung des geistigen Klimas in Moskau. Zur gleichen Zeit hat eine Rezeption des literarischen Erbes der russischen Intelligenz der Vorkriegszeit stattgefunden, von Gontscharow über Tolstoy und Dostojewskij bis zu Jessenin. Zudem ist der Hunger nach Werken der außerrussischen Kultur offenkundig. Der „sozialistische Realismus“ dagegeen, der im Namen des ‚Kontaktes mit den Massen‘ das Einheitsniveau propagiert, trifft ins Leere und konserviert eine überholte Problematik. Denn die alte Polarität der russischen Intelligenz „für das Volk“ hat sich verändert. In der industriellen Sowjet-Gesellschaft, die kaum ein Analphabetentum mehr kennt, ist auch die „Masse“ mündig geworden und bedarf nicht mehr der Fürsprache durch die neue Intelligenz, die im Bewußtsein ihrer Leistung an die eigenen Probleme zu denken sich berechtigt fühlt. Das offiziöse „Soziale“ tritt hinter dem Individuellen zurück. Die menschlichen Probleme schlechthin, nicht die politischen sind es, die heute auch in der Sowjetunion die geistige Welt beschäftigen, sofern die Machhaber im Zeichen des „Tauwetters“ der Äußerung und Diskussion Spielraum gewähren.

Jetzt erst, nach fast vier Jahrzehnten der Herrschaft des Bolschewismus und des Sowjetsystems, formt sich in der neuen Phase der industriellen Revolution eine „Gesellschaft“ aus, die aus den Reserven des russischen Volkes, in verminderter Weise auch der anderen Völker, und aus den Quellen der vormarxistischen Kultur ihre Kräfte zieht. Dominierend ist dabei wohl doch noch die unverminderte Zuversicht in die Beständigkeit des Fortschritts der Technik, die in diesem entwicklungs-fähigen Erdteil noch sichtbar und planvoll das Leben der Menschen von Grund auf verändert. Der Mensch erscheint somit als der Beherrscher der Natur und als Herr der Technik. Gegenüber den konkreten Auf-

gaben und dem Sinn der Gegenwart verliert jedes Fernziel an Gewicht. Aus dem revidierten und evolutionär gedeuteten marxistischen Geschichtsdenken hat wohl nur der Rückschluß weiteste Verbreitung gefunden, daß auf dem unaufhaltsamen Wege der Menschheitsentwicklung die Sowjetunion bereits einen „höheren Typ“ des „sozialistischen“ Staatswesens darstelle und demnach an der Spitze der Menschheit marschiere. Der hieraus resultierende Anspruch auf die führende Stellung des Sowjetreiches nimmt die Traditionen des russischen Geschichts-

denkens im 19. Jahrhundert wieder auf und verleiht dem Patriotismus eine ideologische Weihe. Stalin ist bis in sein letztes Lebensjahr bemüht gewesen, die davonlaufende Entwicklung ideologisch einzufangen und sowjetmarxistisch zu interpretieren. Für den XX. Parteitag war der Anlaß erneut gegeben. Das Ergebnis einer freien marxistischen Analyse des gegenwärtigen Zustandes der Sowjetunion würde dem einer ‚Klassengesellschaft‘ wohl nicht unähnlich sein; sie würde freilich auch nur den Mechanismus der sozialen Dynamik erfassen und nicht die eingeschmolzenen Kräfte des russischen Erbes.

Ein zentraler Abschnitt gegenwärtiger Geschichte

Stalin hat in seinem Revolutionskatechismus der Kommunistischen Partei der Bolschewikij (1938) das Sowjetmodell des politischen Umsturzes und 1950 der sozialökonomischen ‚*Revolution von oben*‘ im Namen des Marxismus-Leninismus-Stalinismus zur Anwendung empfohlen. Nach dem Kriege ist das aus Marxismus und russischem Erbe geprägte Sowjetsystem auch auf die Länder des europäischen Ostens übertragen worden. Die Sowjetisierung in den Ländern mit stärkerer abendländisch-christlicher Tradition, die auch im Denken der sozialistischen, selbst der kommunistischen Bewegungen nachwirkt, in Gebieten mit alter individualbäuerlicher Struktur und mit einer der westlichen Kultur verbundenen Intelligenz wirkt hier in doppeltem Sinne als Fremdherrschaft, als sowjetische und als russische. Die Diskussionen um die „verschiedenen Wege zum Sozialismus“ anstelle der Verbindlichkeit des unter dem Stalinismus seit 1925 „in einem Lande“ ausgebildeten ‚Sowjetsystems‘ haben hierin ihre Wurzel.

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Fragestellung zurück, so werden wir in historischer Sicht keine der genannten Alternativen gelten lassen. Weder ist das Sowjetsystem ein Werk „des Marxismus“, der damit seine geschichtliche Wahrheit erwiesen hätte, noch kann dieses gegenwärtige System etwa als ein autochthoner Ausdruck des Russentums und der anderen Völker der Sowjetunion erkannt werden. Aus dem Zerfall des alten Rußlands und dem kommunistischen „Experiment“ aus europäischer Wurzel ist ein Zustand hervorgegangen, der noch alle Zeichen der Bewegung und Veränderung trägt und sich noch nicht zu einer festen Struktur ausgeformt hat. Das Zusammenwirken von Marxismus und russischem Erbe ist ein zentraler Abschnitt gegenwärtiger Geschichte, deren Dynamik im Weltgeschehen allerdings heute bereits durch die Vorgänge in China überboten zu sein scheint.

Die Aufnahme des Marxismus in Rußland war nur ein Teilvorgang der Europäisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Mit der Revolution von 1917 wurde der Prozeß der freien geistigen, politischen und sozialen Europäisierung unterbrochen; denn die Begründung des Sowjet-

staates durch Lenin und sein Ausbau in der Periode des Stalinismus stehen von der ersten Stunde an unter dem Primat der Erhaltung der Sowjetmacht und bald in der Machttradition des Russischen Reiches. Die im Laufe von fast vier Jahrzehnten im Namen des Marxismus und Leninismus als Vorstufe eines künftigen ‚Kommunismus‘ ausgebildeten Herrschaftsorganisationen und Lebensweisen sind entstanden aus den Gegebenheiten des Landes in der ständigen Anpassung an den Aufstiegswillen einer intellektuell unverbrauchten und bedürfnislosen Bevölkerung. Die Ausbildung des sowjetischen Modells der zentral gelenkten Planwirtschaft ist gebunden an die Industrialisierung des an Bodenschätzen so reichen, aber wenig entwickelten Landes unter höchster Anspannung der Kräfte, die dem macht- und ideenpolitischen Gegensatz zur Umwelt entsprang. Ertragen, erduldet, aber auch entwickelt wurde dieses System von Menschen, in denen das Erbe Rußlands lebte und lebt. Daß aber für die Entfaltung des Menschen bis zum heutigen Tage noch keine gültigen Lebensformen gefunden worden sind, daß es vielmehr bis heute zunehmend als ein System des Zwanges empfunden wird, dafür wird man auch die Vorgänge der letzten Jahre und des XX. Parteikongresses als Anzeichen nehmen müssen.

Anmerkung

Wolfgang, Leonhard, geb. 16. April 1922, Verfasser u. a. des vieldiskutierten Buches: „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1955. Gegenwärtig befindet er sich zu Studienzwecken in der Oxford-Universität, England.

Markert, Werner, Dr. phil., UProf. f. osteuropäische Gesch. Dir. Inst. osteurop. Gesch. und Landeskd. Geb. in Leipzig 3. XII. 05. LBeauftr. Leipzig 35—39, Doz. Göttingen 48, beamt. ao. P. Tübingen 53. Lehrgebiet: Neuere und osteurop. Geschichte.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER BEILAGEN:

Handbuch des Weltkommunismus

J. M. Bochenski:	„Die formale Struktur des Kommunismus“
J. M. Bochenski, E. G. Walter und G. Niemeyer:	„Philosophische, soziologische und wirtschaftstheoretische Grundlehren“
Gerhart Niemeyer:	„Politische Grundlehren“
John Reshetar:	„Die Partei“
J. Reshetar, S. Possony und W. Kulski:	„Methodologie der Eroberung und des Herrschens“
Jan Librach:	„Die Expansion des Reiches“
Walter Kolarz:	„Die Nationalitäten“
Vladimir Gsovski:	„Das Recht“
David J. Dallin:	„Das Verbrechen und das Strafsystem“
Ralph James:	„Die Wirtschaft“
Karl Wittfogel:	„Die Bauern“
John Fizer:	„Die Kultur“
J. M. Bochenski, J. Hay und W. Meysztowicz:	„Die Religion“
W. W. Kulski:	„Die Situation des Individuums“
Joseph M. Bochenski:	„Zur Kritik des Kommunismus“
